Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: Vierteljährlich 4,60 Mk., durch den Boten frei ins Haus 4,80 Mk. durch die Post 4,80 Mk. ausschließlich Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 4,90 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 15 Pfg. im Reklameteil 50 Pfg. für Ziffernanzeigen und Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags. Telefon Nr. 324.

Nr. 274 — Mittwoch, den 3. Dezember 1919 — 46. Jahrg.

Preußische Schulgeschichte auf einem deutschnationalen Parteitage.

Von K. Koerlin.

Schulgeschichtliche Betrachtungen aus der Zeit, als der Großvater die Großmutter nahm. Ist es überhaupt der Mühe wert? Gewiß, wenn aus der Vergangenheit Rüstzeug für Gegenwart und Zukunft geschmiedet werden kann. Voraussetzung ist unbedingte Sachlichkeit, die sich streng an die **geschichtliche Wahrheit hält und sie nicht zugunsten einer politischen Partei entstellt**, wie es der Abgeordnete Hermann auf dem deutschnationalen Landesparteitag Merseburg in Halle vom 26. November d. J. tat. Nach Nr. 587 der „Hallescheu Zeitung" vom 26. November 1919, 1. Beilage, führte er aus:

„Nun bildeten sich im alten Parlamentsleben die Liberalen ein, sie seien die besten Kulturträger. Die Konservativen hielt man für die Feinde der Volksbildung und damit als Gegner der Volksschule und des Volksschullehrerstandes. Das kann ich aber als Schulmann nur als ein Märchen bezeichnen. Die liberale Ära, die von der Revolution 1848 bis Mitte der achtziger Jahre im Landtage die Mehrheit hatte, hat für die Volksschule und den Lehrerstand auch nicht das geringste getan. Es fehlte der Schule zum Gedeihen das Notwendigste, nämlich ein Schulunterhaltungsgesetz, den Lehrern zum Leben das Wichtigste, ein Besoldungs- und Pensionsgesetz. Trotzdem der Liberalismus im Abgeordnetenhause über drei Jahrzehnte die Macht, die Herrschaft hatte, brachte er keins von diesen Gesetzen, alle Anträge darauf lehnte er ab. Er beseitigte nicht einmal die Regulative, die das größte Hindernis für die Volksbildung waren. Ja, er machte nicht einmal den Lehrer zum Mitglied des Schulvorstandes, so daß die größte Zurückhaltung der Lehrer in die Zeit der liberalen Ära fällt. Das muß dokumentarisch festgelegt werden."

Diese dokumentarische Festlegung geht von der falschen Behauptung aus, der Liberalismus habe von 1848 bis Mitte der achtziger Jahre im Landtage die Mehrheit gehabt.

Im preußischen Landtage, der aus Abgeordneten- und Herrenhaus bestand, gab es niemals eine liberale Mehrheit.

In der Zeit von 1848—1879 (später nicht mehr) bestanden im preußischen Abgeordnetenhause liberale Mehrheiten, aber nicht ununterbrochen. Schon in der am 26. Februar 1849 zusammengetretenen zweiten Kammer konnte die demokratische Partei nur eine starke Opposition bilden. Einen Monat nach Auflösung der Kammer oktroyierte eine königliche Verordnung unter Verfassungsbruch das Dreiklassenwahlrecht mit öffentlicher Wahl am 30. Mai 1849. Über die Neuwahl schrieb Diesterweg am 11. Juli 1849:

„An den Wahlen beteilige ich mich nicht. Die Öffentlichkeit ist **die stärkste Schraube, welche das absolute Regiment erfunden hat** — eine öffentliche Kandidatenliste statt der abgeschafften heimlichen, sch werde sie nicht stärken. Die große Mehrzahl der Lehrer stimmt nicht mit." Die Wahlen ergaben eine konservative Mehrheit. Die reaktionärste Kammer war die Landratskammer von 1855, in der 72 Landräte und 42 Staatsanwälte saßen und die Opposition nur ein Viertel der Sitze innehatte.

Hätte ein durchweg liberales Abgeordnetenhaus eine liberale Schulgesetzgebung durchführen können? Nein! Nach Artikel 62 der Preußischen Verfassung wurde die gesetzgebende Gewalt gemeinschaftlich durch den König und durch zwei Kammern ausgeübt. Die Übereinstimmung des Königs und beider Kammern war zu jedem Gesetz erforderlich. Daß die erste Kammer, das Herrenhaus, liberal gewesen sei, wird wohl selbst der Abg. Hermann nicht behaupten. Das Herrenhaus war und blieb bis zuletzt das, als was es gedacht war: „ein Hort konservativer Staatsweisheit gegenüber den Umsturzideen der Volksvertreter". Der König allein berief die Minister. Als Kultusminister waren von 1850—1872 konservative Männer tätig, v. Bethmann-Hollweg (1858 bis 1862) hatte zwar einen leichten liberalen Anhauch, dafür aber waren v. Raumer und v. Mühler, sein Vorgänger und Nachfolger, Reaktionäre schlimmster Ordnung. Sie verstanden es, die Volksschule an die Kirche zu ketten und allen Wünschen der Reaktion gerecht zu werden. Erst am Ende jenes Zeitabschnittes (1872—1879) stand ein wahrhaft liberaler Mann, Dr. Falk, an der Spitze des preußischen Unterrichtswesens. 20 Jahre lang herrschten konservative Minister. So sahen in der vom Abg. Hermann liberal genannten Zeit die gesetzgebenden Gewalten in Preußen aus. Der Finsterling v. Raumer beschritt kühn den Weg der Verordnung und brauchte deshalb das Abgeordnetenhaus nicht zu befragen. Er dachte die drei Regulative vom 1., 2. und 3. Oktober 1854 mit seinem Namen. Über diese Regulative genüge ein Urteil Diesterwegs: „Was die Regulative und der durch sie in die Schulen gebrachte Gedächtnismechanismus anrichtet und wie dadurch der religiöse Keim im Kindesherzen ertötet wird, das ist furchtbar; diese Kerle nennen sich Beförderer des Christentums und sie gelten dafür, aber sie verdienen Galgen und Rad. Das sage ich nicht scherzweise und unbedacht, sondern in vollstem Ernste und nach vorliegenden Erfahrungen." Diesterweg führte im Abgeordnetenhause jahrelang den Kampf gegen die Regulative. Wenn der Abg. Hermann sagt, der Liberalismus habe nicht einmal die Regulative beseitigt, so ist das gerade so, wie wenn ein Arzt gelobelt wird, weil er einen Ermordeten nicht wieder lebendig machen kann. Der Mörder ist der Schuldige. Der Seelenmörder war der konservative Kultusminister v. Raumer.

Der Kampf um das Unterrichtsgesetz kann im Rahmen dieses Aufsatzes nicht behandelt werden. Wie die Entwürfe der Kultusminister aussahen, kann sich jeder denken, der jene Zeit kennt. Im Jahre 1869 unterbreitete der Minister v. Mühler dem Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf betr. die Aufhebung der Unentgeltlichkeit des Unterrichts in der Volksschule. Das Schulgeld sollte 3 Millionen einbringen. Da sprach der Liberale Waldeck: „Haben Sie nach 3 Millionen gefragt, als der Militäretat seine jetzige Höhe erreichte? Ist es denn gut, daß gerade die reicheren, wohlhabenden Stände das Material bilden für den Staat in den höheren Stellen?" Mit 202 gegen 134 Stimmen brachten die Liberalen dies Gesetz zu Fall.

Über die Gehaltsfrage führte in der Reaktionszeit der Liberale Harkort aus: „Wir wollen keine Almosen für die Lehrer; denn bei dem Almosen kommt stets die Frage: „Wer ist gut gesinnt?" zum Vorschein. Davon aber wollen wir abstrahieren; wir verlangen tüchtige Leistungen und dann auch eine durchgreifende Verbesserung der Lage der Lehrer. Wir sind viel konservativer als Sie. Wenn die Lehrerwelt hungert, so hat sie kein Interesse für das Bestehende."

Die wirklich liberale Zeit unter dem Minister Falk charakterisiert Polack, der sicher kein Liberaler, aber ein wahrheitsliebender Mann war, mit folgenden Worten: „Der Name des Ministers Dr. Falk hat den hellsten Klang für die preußische Lehrerschaft. . . . Schule und Lehrer danken ihm die endliche Wendung zu würdigen Zuständen . . . Seine schönsten Denkmäler sind die stattlichen Seminare und die vielen würdig ausgestatteten neuen Schulhäuser, die er bauen ließ, das Schulaufsichtsgesetz vom 11. März 1872 . . . . und die Allgemeinen Bestimmungen. . . . Dr. Falk war der Mann, **der dem Lehrerstande höhere Ziele steckte, ihn in seiner Bildung, Stellung und Besoldung hob und ihn überhaupt würdig behandelte.**"

Nach Falk begann die letzte konservative Zeit mit dem Minister traurigen Angedenkens v. Puttkammer. Im Anschluß an dessen berüchtigte „Aschermittwochsrede" schrieb der gut konservative Schulmann Dörpfeld im Jahre 1882: „Fragt man . . . . in der Geschichte der letzten 50 oder 100 Jahre nach, wie die beiden Parteien sich zu diesen äußeren Bedürfnissen der Volksschule (Lehrergehälter, Pension) verhalten haben, so ergibt sich, daß es vorwiegend nur die liberale Partei gewesen ist, welche dafür eine warme, tätige Teilnahme zeigte. Die konservativen Ministerien (z. B. Eichhorn, v. Raumer, v. Mühler usw.) haben zwar mit den gegebenen Mitteln gut preußisch fortgewirtschaftet; daß aber zu ihrer Zeit die konservative Partei besondere Anstrengungen gemacht hätte, neue Mittel flüssig zu machen, wird sie wohl selbst nicht behaupten wollen. Ähnlich verhielten sich die beiden Parteien zu den Anliegen der Lehrer hinsichtlich der Schulaufsicht. . . Auf der liberalen Seite zeigte sich wenigstens Gehör und Teilnahme; einiges kam unter dem Ministerium Falk auch zur Ausführung . . ., anderes wurde angestrebt. Auf der konservativen Seite dagegen fanden diese Lehrerwünsche auch nicht einmal Gehör; die konservativen Ministerien hielten es für ihre Aufgabe, dieselben niederzuhalten und die alten Einrichtungen zu befestigen. — Endlich machten sich die konservativen Regierungsperioden dem Lehrerstande noch dadurch kenntlich, wie mit seinem guten Ruf umgegangen wurde. . . . Wohl niemals hat ein anderer Stand solche Unbill an seiner Ehre erfahren, wie es dem Lehrerstande in den konservativen Regierungsperioden begegnet ist und zwar nicht bloß in öffentlichen Blättern, sondern selbst in der Akademie der Wissenschaften und von der höchsten Rednerstelle des Landtags. Sofern also den Lehrern an ihrer **wirtschaftlichen Lage**, an ihren **Standesrechten** und an ihrem **öffentlichen Ansehen** etwas gelegen war, sahen sie sich von der konservativen Partei gleichsam mit der Peitsche in das liberale Lager hinübergetrieben und zur eifrigsten Agitation für die liberalen Landtagskandidaten angespornt. So früher, so auch noch heute."

So sieht die von dem Abg. Hermann liberal genannte Zeit der preußischen Schulgeschichte im Lichte der Tatsachen und der Urteile von Männern aus, die sie erlebt haben. Die dokumentarische Feststellung des Abg Hermann, die größte Zurücksetzung der Lehrer falle in jene Zeit, ist richtig. **Daß aber der Liberalismus daran schuld sei, ist eine objektive Unwahrheit ersten Ranges.** Wir wissen, daß auch der alte Liberalismus in Schulfragen gesündigt hat. Aber auf eine liberale Sünde kommt mindestens ein Dutzend konservative. Dafür machen wir die Deutschnationale Volkspartei nicht verantwortlich. Es ist uns auch gleichgültig, mit was für geistiger Nahrung sich ein deutschnationaler Parteitag abspeisen läßt. Aber die geschichtliche Wahrheit und das Andenken an unsere großen Führer und Vorbilder Diesterweg, Wander, Harkort u. a., an die Hunderte von preußischen Lehrern, die um ihrer politischen Überzeugung willen gelitten haben, an die Zehntausende, denen in jenen Jahren die Jugend verkümmert und die Amtszeit verbittert wurde, lassen es uns nicht dulden, daß ein solches Zerrbild von der Zeit von 1848—1879 gezeichnet und verbreitet wird, wie es der Abg. Hermann getan hat.

Neueste Nachrichten.

Die Antwort des Fünferrates auf die deutsche Kriegsgefangenen-Note.

Paris, 2. Dez. Der Fünferrat hat sich erneut mit der Frage des Rücktransports der deutschen Kriegsgefangenen beschäftigt und den Entwurf einer Note gebilligt, die heute Abend der deutschen Friedensdelegation überreicht und morgen Vormittag mit der letzten deutschen Kriegsgefangenennote veröffentlicht werden soll.

Wann kehrt von Simson nach Paris zurück?

Paris, 2. Dez. „Temps" stellt fest, daß Ministerialdirektor von Simson bis jetzt noch nicht mitgeteilt habe, wann er mit den Mitgliedern seiner Mission nach Paris zurückzukehren gedenke.

Österreich erbittet Hilfe von der Entente.

Wien, 2. Dez. (Korr.-Büro.) Der Kabinettsrat hat am 20. November auf Grund eingehender Berichte der zuständigen Staatssekretäre neuerdings die gebieterische Notwendigkeit festgestellt, so rasch wie möglich einen Ernährungskredit durch die hohen Mächte zu erlangen. Da die Entscheidung der Pariser Konferenz sich zu lange verzögert, so beschloß der Kabinettsrat, die Vertreter der Hauptmächte in Wien am 3. Dezember zu sich einzuladen und sie zu bitten, ihren Regierungen, sowie der Friedenskonferenz die Lage der Republik klarzustellen und die unmittelbare Hilfe zu betreiben.

Ungarische Friedensdelegierte nach Paris.

Paris, 2. Dez. Der Fünferrat hat nach Erklärung von Sir George Clerk über die Lage in Ungarn beschlossen, die neue ungarische Regierung aufzufordern, Friedensdelegierte nach Paris zu entsenden.

Verbot des Erscheinens des 3. Bandes von Bismarcks Erinnerungen.

Stuttgart, 2. Dez. Wie der „Schwäbische Kurier" berichtet, wurde letzthin beim Landgericht Stuttgart der Antrag gestellt, das Erscheinen des dritten Bandes der „Bismarcks Gedanken und Erinnerungen" zu verbieten. Der Antrag ging von der Vertretung des früheren Kaisers aus und wird damit begründet, daß in dem Bande eine Anzahl von Briefen des Kaisers zur Veröffentlichung gelangen. Das Landgericht hat beschlossen, zunächst ein Verbot im Wege einer einstweiligen Verfügung zu erlassen. Die Angelegenheit wird alsbald das Oberlandesgericht beschäftigen.

Eine holländisch-belgische Einigung.

Amsterdam, 2. Dez. (Priv.-Tel.) Wie der Brüsseler Korrespondent des hiesigen Blattes „Telegraaf" von gut unterrichteter Seite erfährt, haben die Verhandlungen über die Revision des Vertrages von 1839 zu einer Einigung über die wirtschaftlichen Fragen geführt. Man hat sich sowohl über die Verwaltung der Schelde in Friedenszeit, als auch über die Anlage eines Schelde-Rhein-Kanals und eines Kanals Antwerpen-Moerdijk geeinigt. Dies waren die wichtigsten Wünsche Belgiens auf wirtschaftlichem Gebiete.

Englands Völkerbundsvertreter.

London, 2. Dez. (Priv.-Tel.) Lord Curzon wird England auf der ersten Tagung des Völkerbundes vertreten.

Neuer Bergarbeiterausstand in Wales?

Amsterdam, 2. Dez. Wie das Reutersche Büro aus London meldet, ergab sich bei der Abstimmung der Bergarbeiter von Wales darüber, ob eine Einkommensteuer für Einkommen unter 250 Pfund Sterling Widerstand zu leisten sei, eine Mehrheit für einen Ausstand.

Mexiko antwortet Amerika nicht.

Amsterdam, 2. Dez. (Priv.-Tel.) Wie bem „Handelsblaad" aus Washington gemeldet wird, hat die Regierung der Vereinigten Staaten an die Regierung von Mexiko eine neue Note gerichtet, in der sie darauf hinweist, daß die beiden früheren Noten der amerikanischen Regierung durch die mexikanische Regierung mit vollständiger Gleichgültigkeit behandelt worden seien, und daß sie das Gefühl habe, daß die Regierung von Mexiko mit den Amerikanern ihren Spott treiben wolle.

Noch kein Vergleich in Nordamerika.

Haag, 2. Dez. „Nieuwe Courant" meldet aus Washington, daß der Kongreß heute wieder zusammentritt, daß es aber anscheinend noch zu keinem Vergleich bezüglich der Ratifikation gekommen sei.

Regierungskrise in Spanien.

Madrid, 2. Dez. (Priv.-Tel.) Das Ministerium ist heute zurückgetreten.

Friedensfragen.

Die deutsch-französische Krisis.

Basel, 2. Dez. In politischen Kreisen in der Schweiz wird die gegenwärtige deutsch-französische Krise als die schwerste seit der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages bezeichnet. Man fürchtet, daß die sich auf den nationalistischen Wahlfeld stützende französische Regierung Deutschland gegenüber keine Nachgiebigkeit zeigen und entschlossen sein werde, im äußersten Falle Gewaltmittel gegenüber Deutschland anzuwenden. Der Pariser „Progres" meldet aus Paris, daß noch weitere Noten der Alliierten an Deutschland zur Beratung stehen würden. Marschall Foch erachtete die baldige Festsetzung der Strafmaßnahmen gegen die weitere Außerachtlassung des Waffenstillstandsvertrages für geboten. — Die „Times" melden aus Paris: Im Rat der Alliierten ist eine neue Note an Deutschland beschlossen worden, in der die Ausführung der Waffenstillstandsverpflichtungen bis Ende Dezember verlangt wird.

Frankreich bleibt unter Waffen.

Basel, 2. Dez. Die Presseinformation meldet aus Paris: Infolge der zwischen Frankreich und Deutschland neuerlich eingetretenen Spannung hat die französische Heeresleitung die Entlassung von Heeresangehörigen vorläufig aufgehoben. Bei der englischen Armee ist ein ähnlicher Befehl nicht ergangen.

England über die deutsche Note erstaunt.

Basel, 2. Dez. Nach der „Presse de Paris" hat die deutsche Note, in der die Verantwortung für die Versenkung der deutschen Kriegsflotte abgelehnt wird, in England großes Aufsehen erregt. In amtlichen, besonders in Marinekreisen, wird die deutsche Erklärung als eine unerhörte Dreistigkeit bezeichnet. Man erwartet bestimmt, daß der Oberste Rat mit der nötigen Energie antwortet.

Basel, 2. Dez. Die „Lanterne" stellt fest, daß England verantwortlich sei für die Versenkung der deutschen Kriegsschiffe in Scapa Flow. Es sei erwiesen, daß es an den nötigen Vorsichtsmaßregeln von seiten Englands gefehlt habe.

Die Grenze für die Geldforderungen der Entente.

Nach Londoner Meldungen sagte Bonar Law im Unterhause zu der finanziellen Wiedergutmachung der Kriegsschäden, daß die Höhe der Forderungen an Deutschland ihre Beschränkung in der Leistungsfähigkeit Deutschlands finde. Die Grundlage für die Leistungsfähigkeit und damit auch für die Höhe der von Deutschland einzufordernden Entschädigungssumme würden die eigenen Steuererträgnisse Deutschlands bilden und sei die in Deutschland in Vorbereitung befindliche Vermögenserfassung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319191203-11/fragment/page=0001

Englische Anmaßung!

In der „Deutschen Allgem. Ztg." liest man: Daß die deutsche Auffassung der Frage der Ablieferung der Docke grade die Engländer verstimmt hat, ist nicht überraschend. Sie haben sich von ihren Verbündeten den Vorwurf gefallen lassen müssen, die elementarsten Vorsichtsmaßregeln zur Bewachung der Schiffe außer Acht gelassen zu haben. Daß sie aber für die Haltung der deutschen Regierung die Bezeichnung Unverschämtheit sich leisten, beweist, wie weit wir noch vom Tage entfernt sind, der die Welt zum Völkerbund vereinigen soll.

Besprechung in der Gefangenenfrage beim Reichskanzler.

Berlin, 1. Dez. Die große Sorge um die Kriegsgefangenen, namentlich in Frankreich und Sibirien, führte heute Vertreter des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener und des Bundes deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen und ihrer Landesgruppen zum Reichskanzler. Es fand eine ausführliche Besprechung statt, an der auch der Reichskommissar Stücklen und Vertreter anderer Ministerien teilnahmen.

Der Schritt des Papstes für die Kriegsgefangenen.

„Secolo" meldet, daß der Pariser Kardinal Amette auf Antrag des Papstes bei Clemenceau ernste Vorstellungen erheben wird für die Heimschaffung der deutschen Kriegsgefangenen bis zu Weihnachten. In vatikanischen Kreisen herrscht Optimismus.

Deutsch-Ostafrika unter britischer Herrschaft.

London, 1. Dez. Sir Horace Byatt, der Verwalter von Deutsch-Ostafrika, ist mit mehreren englischen Beamten in Daressalam eingetroffen, um die Landesverwaltung neu zu organisieren. Die früheren deutschen Ansiedler sind ausgewiesen und die frei gewordenen Plätze englischen Kolonisten überlassen worden.

*

Die Lage im Baltikum.

Wie wir aus Berlin hören, sind bis jetzt über die deutsche Grenze 5600 Militärpersonen aus dem Baltikum und über 2000 Zivilisten transportiert worden. Der Abtransport der deutschen Truppen wird zunächst in ihre Standorte geleitet werden. Die Russen kommen nach dem Gefangenlager in Nossen. General Nießel hat sich bereit erklärt, eine Klarstellung des Sachverhaltes in dem bekannten, die Beschimpfung französischer Offiziere durch deutsche Soldaten betreffenden Vorfall von Bajohret herbeizuführen.

Die Heere der baltischen Randstaaten unter Ententekommando.

Berlin, 1. Dez. Nach Meldungen über Tilsit berichtet das Lettische Pressebureau, daß sich die Armeen der baltischen Randstaaten unter den Befehl von Ententegenerälen gestellt haben. Die Londoner „Daily Mail" meldet das Eintreffen von Generälen der Entente in Mitau, Libau und Kowno.

Zur Lage im Reiche.

Vor schweren Entscheidungen.

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben:

In der kommenden Woche wird sich die Reichsregierung vor Entscheidungen gestellt sehen, die wieder einmal von unübersehbarer Tragweite für die Geschicke des deutschen Volkes sein werden. In Paris haben sich alle führenden Journalisten dieser Tage in dem einzigen Blatt „La Presse de Paris", das wegen des Zeitungsstreiks erscheinen konnte, dahin geäußert, daß die Abreise des Herrn v. Simson in Zusammenhang stehe mit der Ratifikation oder Nichtratifikation des Friedensvertrages im amerikanischen Senat. Dieser Auffassung muß mit aller Entschiedenheit widersprochen werden. Die zuständigen Stellen erkennen keinerlei Vorteile, die aus der Lage entstehen könnten, daß Amerika den Frieden nicht ratifizierte. Man soll uns doch nicht für so dumm halten, als daß wir mit einem Schimmer von Erfolg nur beabsichtigen könnten und wollten, den Ring der Gegner zu sprengen. Wenn wir schon die Besiegten sind, so haben wir doch so ein Maß an politischer Einsicht, daß wir im gegenwärtigen Augenblick gar nicht daran denken können, Unmögliches jetzt möglich zu machen. Mit gleicher Entschiedenheit müssen wir aber nun, da wir einer neuen Krise entgegengehen, auf unserem Standpunkt beharren. Wir sind nicht in der Lage, das Hafenmaterial auszuliefern. Wir können auch nicht eine Verpflichtung übernehmen, nachdem die Entente ihrerseits jeden Augenblick neue Zwangs- oder militärische Maßnahmen anwenden kann. Die neue Krisis ist vielleicht nur eine der vielen, die noch folgen werden. Um aber die nächste Krise nach Möglichkeit zu vermeiden, muß die Regierung auf ihrem jetzt eingenommenen Standpunkt beharren, muß sie im Interesse des Friedens selbst fest bleiben.

*

Hinein in die Einwohnerwehren.

Berlin, 1. Dez. (Amtlich.) Die Reichszentralstelle für Einwohnerwehren erläßt folgende Aufruf:

Hinein in die Einwohnerwehren! Endlich reicht der Arbeiter dem Bürger die Hand.

Der Vorstand der S. P. D. erläßt den Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft: Hinein in die Einwohnerwehren! Aber er erläßt ihn als Partei.

Größeres steht auf dem Spiel als das Schicksal einer Partei: das ganze Deutschland. Die Einwohnerwehr ist eine Einrichtung der parlamentarisch-demokratischen Regierung.

Die parlamentarische Demokratie schützt auch die Freiheit der Minderheiten. Rechts stehen Minderheiten, links stehen Minderheiten. Links stehen Heißsporne, rechts stehen Heißsporne. Wenn sie ihre Meinung verfassungsgemäß mit dem Stimmzettel verfechten, handeln sie parlamentarisch-demokratisch.

Greifen sie zu den Waffen, dann finden sie die Einwohnerwehren gerüstet.

Bürger und Arbeiter, Arbeiter und Bürger! Wehrt euch gegen die Politik des Bürgerkrieges, von welcher Seite auch immer er entfacht wird.

Die Einwohnerwehr dient keiner Partei. Sie dient dem Volke ganz. Sie dient der Volksversöhnung. Die Waffen keiner einzelnen Partei!

Die Waffen dem ganzen Volke! Hinein in die Einwohnerwehr!

*

Der Streik in Bitterfeld.

Bitterfeld, 1. Dez. Am Sonntag haben, wie die „L. N. N." melden, unter dem Vorsitz des Präsidenten des Regierungsbezirks Merseburg, v. Gersdorff, Einigungsverhandlungen stattgefunden, denen als Vertreter der Regierung Unterstaatssekretär Lüdemann und Dr. Sitzeborius beiwohnten. Es wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden eine Kommission aus neun Vertretern der Arbeiterschaft mit einem unparteiischen Vorsitzenden gewählt. Am Montag haben die Verhandlungen dieser Kommission über die einzelnen Fragen begonnen. — Der Kommission des Bezirksarbeiterrats Halle-Merseburg, die am vorigen Sonnabend in Berlin mit Regierungsvertretern über die Forderungen der Bitterfelder Arbeiter verhandelte, erklärten die Vertreter des Arbeitsministeriums, alles tun zu wollen, um den Streik in Bitterfeld zu beenden. Der Vertreter des Reichswehrministers Noske gab die Zusicherung, daß, sobald die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit ein positives Resultat gezeitigt hätten, der Ausnahmezustand aufgehoben wird. Gleichzeitig würden auch die Truppen zurückgezogen. Weiter wurde bei den Verhandlungen vereinbart, daß zwei Regierungsvertreter nach Bitterfeld reisen sollen, um mit den Arbeitern zu verhandeln.

Zur

Streiklage

selbst ist zu melden, daß in dem Werk Elektron I von der 1700 Mann starken Belegschaft 375 Mann arbeiten. In den Vereinigten Anilinwerken haben Beamte die Notstandsarbeiten verrichtet, während in der Säurefabrik die technische Nothilfe eingegriffen hat. Die Mehrheitssozialisten betrachten den Generalstreik als aussichtslos. Die Gesamtzahl der Streikenden beträgt etwa 10 000, die der Arbeitswilligen 4000. — Am Montag morgen meldeten sich auf allen Werken Arbeitswillige; sie wurden aber von Streikposten verhindert, die Arbeit aufzunehmen. Die Notstandsarbeiten werden weiter verrichtet. Zu Unruhen ist es bisher nicht gekommen.

Der Leipziger Parteitag der U. S. P. weicht aus.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß eine Konferenz der Bergarbeiter Mitteldeutschlands sich dahin einigte, die in Leipzig anläßlich des Parteitages versammelten Vertreter der U. S. P. zu hören, ehe man Beschlüsse über einen Sympathiestreik faßt. Wie uns mitgeteilt wird, hat diese Besprechung am Montag in Leipzig zwischen den Delegierten Mitteldeuschlands unter Hinzuziehung von Vertretern aus dem Reiche stattgefunden, in der man sich dahin einigte, daß vorerst der Hallesche und Bitterfelder Bezirk mit allen ihnen zu Gebote stehenden Machtmitteln den Streik durchführen oder beilegen sollen. Von der Konferenz der Vertreter sämtlicher mitteldeutscher Industriegruppen in Halle a. S., in welcher Bericht erstattet werden soll über die Verhandlungen mit der Regierung, wird die weitere Entscheidung abhängen. Der Parteitag selbst hat sich mit der Sache nicht befaßt.

Über die Verhandlungen in Bitterfeld,

die Montag nachmittag und am abend fortgesetzt wurden, weiß der „Vorwärts" zu berichten, **daß die Arbeitervertreter sich damit einverstanden erklärten, daß vier Kollegen, denen schwere Gewalttaten nachgewiesen sind, nicht wieder eingestellt werden und daß diejenigen, gegen die wegen Anwendung von Gewalt strafrechtlich vorgegangen und sie dann verurteilt werden, ebenfalls außerhalb der Betriebe zu bleiben haben. Die Unternehmervertreter haben sich dagegen verpflichtet, diejenigen Arbeiter, die in den kommenden Prozessen freigesprochen werden, alsdann wieder einzustellen. Die Verhandlungen der übrigen Punkte werden heute weitergeführt.**

Schließung der Vulkanwerke.

Hamburg, 1. Dez. Die Aktiengesellschaft Vulkanwerke Hamburg und Stettin gibt bekannt, daß sie das Werk am Montag früh nicht öffnen und so lange geschlossen halten wird, bis die Wiederkehr geordneter Zustände gesichert ist. Sie spricht ferner die Entlassung der gesamten Arbeiterschaft aus. Diese Maßnahmen sind veranlaßt worden durch das Eindringen mehrerer hundert linksradikaler Mitglieder der Belegschaft der Vulkanwerke in eine am Sonntag abgehaltene Versammlung der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Werke. Dabei kam es zu derartigen Gewalttätigkeiten, daß die Gesellschaft glaubte, mit der Fortsetzung des Streiks rechnen zu müssen, wodurch schwere Beschädigungen der Betriebseinrichtungen und Gefährdung der Sicherheit des Personals befürchtet wird. Auf Grund dieser Maßnahme ist tatsächlich am Montag morgen die Schließung der Werke erfolgt.

Mackensen in Nürnberg.

Nürnberg, 2. Dez. Generalfeldmarschall v. Mackensen ist gestern nachmittag 3 Uhr 48 Min. auf dem hiesigen Bahnhof eingetroffen. Er wurde von einer städtischen Abordnung mit militärischen Ehren empfangen, worauf die Weiterreise erfolgte.

Ostpreußen ruft um Hilfe.

Königsberg, 1. Dez. Der ostdeutsche Heimatdienst richtete an den Reichswehrminister und an den preußischen Ministerpräsidenten ein telegraphisches Gesuch, Maßnahmen zum Schutze der ostpreußischen Grenze vor einfallenden Banden zu treffen. Täglich laufen Telegramme aus den Grenzkreisen ein, die besagen, daß die Einwohnerwehren und die anwesenden Truppen allein nicht imstande seien, einen ordnungsmäßigen Grenzdienst zu versehen. Eine Verweigerung militärischer Hilfe würde für Ruhe und Ordnung in der Provinz gefährlich werden und, abgesehen von allem anderen, auch die Existenz Ostpreußens bedrohen.

Die Gründung einer bayrischen Königspartei.

Die Unzufriedenheit mit der revolutionären Errungenschaft der neuen Staatsform hat in Bayern eine oppositionelle Bewegung gezeitigt, die auf eine Wiederherstellung der Monarchie hinzielt, der Monarchie allerdings nicht in dem vornovemberlichen Sinne, sondern in der Richtung, wie Friedrich Naumann sich das Ideal des Ausgleichs zwischen Kaisertum und Demokratie gemalt hat. Nur daß in dem besonderen Falle in Bayern, mit Rücksicht und auf Betreiben der mithelfenden Zentrumsmänner, dieser Monarchie ein ausgesprochen christlicher Charakter gegeben werden soll. Wir erfahren über diese Pläne aus München folgendes:

In München erfolgte am Sonntag die Gründung einer bayerischen Königspartei. Zur Gründungsversammlung waren Vertreter aus ganz Bayern erschienen. Die neue Partei will zunächst mit den bereits bestehenden bürgerlichen Parteien Fühlung nehmen, ist aber fest entschlossen, eigene Kandidaten zu allen Wahlen aufzustellen. Ob sich die Partei zu politischer Bedeutung zu entwickeln vermag, bleibt abzuwarten. Die Partei erstrebt nach den Ausführungen eines Referenten nicht die Wiederkehr des alten Königtums, sondern ein Königtum ohne Militarismus, ohne feiges Hofschranzentum, ohne Bureaukratie, die christliche Monarchie mit freiem Volk und freiem König im freien Bayern im Rahmen seines freien Großdeutschtums. Die bei der Gründung hervorgetretenen Persönlichkeiten haben weder politisch noch gesellschaftlich Bedeutung. Die Versammlung war von höchstens 300 Personen besucht, zumeist vom flachen Lande. Der Referent teilte mit, daß die lebhafteste Unterstützung der Sache aus Kreisen der Kleinbürger und der Bauern zuteil werde. Hochadel, Adel, Intelligenz und die ältere Beamtenschaft wollen anscheinend erst die Entwickelung der Dinge abwarten.

Politische Übersicht.

Zur Lage in Rußland.

Paris, 2. Dez. Der Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune" in Riga telegraphiert, man habe bei Oberst Bermondt in Mitau Briefe und Papiere gefunden, die den Beweis lieferten, daß er im Einverständnis mit Koltschak, Denikin und Judenitsch gehandelt habe.

Rumänien erkennt den Friedensvertrag mit Österreich an.

Paris, 2. Dez. „Chicago Tribune" meldet, der Präsident des rumänischen Ministeriums habe erklärt, Rumänien werde den österreichischen Friedensvertrag mit den Anhängen ohne Vorbehalt unterzeichnen.

Merseburg und Umgegend.

2. Dezember.

** **Kriegsanleihe — Sparprämienanleihe.** Die Besitzer von Kriegsanleihen in der Form von Schuldbuchforderungen werden darauf hingewiesen, daß der Umtausch in Inhaberstücken erst nach erfolgter Zeichnung zu beantragen ist. Es hat keinen Zweck, diesen Umtausch vorzunehmen, bevo rdie Zahl der zugeteilten Sparprämienstücke Gewißheit besteht. Bezüglich der Einzahlung der deutschen Sparprämienanleihe sind Mißverständnisse im Publikum darüber aufgetaucht, ob für jede 100 M Sparprämienanleihe der Betrag von 500 M in Kriegsanleihe zur Anzahlung nur zugelassen ist oder ob er angezahlt werden muß. Die Hälfte jeder einzelnen Zeichnung muß in Kriegsanleihe gezahlt werden, so daß also eine Zahlung der Gesamtsumme in bar unzulässig ist. Neben den 500 M in Kriegsanleihe können 100 M in bar angezahlt werden (Rest 400 M ist zahlbar bis 29. Dezember). Die Januar-Zinsscheine der Kriegsanleihe, welche zur Zahlung von Prämienanleihe eingeliefert werden, dürfen durch jede Annahmestelle, bei welcher die Zeichnung erfolgt ist, eingelöst werden — entweder sofort bei Abgabe der Kriegsanleihe-Stücke oder später bei Vorlage des Zeichnungsschreibens.

** **Für 70 Millionen Mark neue Kleingeldmünzen.** Die Tage der Ersatzwertzeichen der Städte sind gezählt. Um den höchst unerwünschten Umlauf solcher Ersatzwertzeichen zu beseitigen, sind größere Prägungen von Fünfzig-, Zehn- und Fünfpfennigstücken in die Wege geleitet. Es werden 50 Mill. Mark in Fünfzigpfennigstücken aus Aluminium, 10 Mill. Mark in Zehnpfennigstücken aus Zink und 3 Mill. Mark in Fünfpfennigstücken aus Eisen zur Ausprägung kommen. Für beschleunigte Durchführung der Ausmünzungen ist Sorge getragen. Die Einleitung einer weiteren Prägung von 7 Mill. Mark in Fünfpfennigstücken steht bevor, und der Herstellung von 10 Millionen Mark Zehnpfennigstücken sollen sich sofort weitere Zehnpfennigprägungen anschließen. Anträgen auf Zulassung der Ausgabe und der Verlängerung der Umlaufsfrist der Ersatzwertzeichen soll nur noch in dringenden Fällen Folge gegeben werden. Vor Genehmigung solcher Anträge ist die Zustimmung der zuständigen Staatsbehörden (Handelsministerium, Ministerium des Innern und Finanzministerium) in jedem Falle, auch wenn größere Kommunen in Frage kommen, einzuholen.

** **Zinsscheine nicht in Zahlung nehmen!** Es ist in offenen Geschäften bisher Gepflogenheit gewesen, auch Zinsscheine von Wertpapieren in Zahlung zu nehmen, da diese den anderen Geldwerten gleich erachtet wurden. Um die Inhaber derartiger Geschäfte vor Schaden zu bewahren, machen wir erneut darauf aufmerksam, daß vom 1. Dezember d. J. ab Zinsscheine als Zahlungsmittel nicht mehr in Frage kommen, auch wenn sie schon vor dem 1. Dezember fällig gewesen sind.

** **Die Meisterprüfung im Dachdecker-Handwerk** hat dieser Tage vor der Prüfungskommission der Dachdecker Paul Hoffmann von hier bestanden.

** **Erhöhtes Wagenstandgeld.** Das Eisenbahn-Verkehrsamt gibt in der heutigen Nummer unserer Zeitung die erhöhten Wagenstandgeldsätze bekannt.

** **Zulagen für Kriegsbeschädigte.** Die „Kyffhäuser-Korrespondenz" teilt mit: Vom 16. November ab erhalten die Kriegsbeschädigten mit einem Erwerbsverlust von 30 Prozent und mehr eine Nährmittelzulage von 4 Pfund monatlich. Die Zulage wurde bisher nur bei einem Erwerbsverlust von 50 Prozent und mehr gewährt. Die Bezugskarten sind bei den zuständigen Brotkommissionen gegen Vorzeigung der Rentenausweise erhältlich.

** **Kriegsteilnehmer und Angestelltenversicherung.** Für die Angestellten, die vor ihrer Einziehung zum Kriegsdienst Beiträge zur Angestelltenversicherung entrichtet haben, entsteht nach ihrer Entlassung die Frage, ob die Beiträge verfallen sind, und ob etwa der Antrag auf Gewährung irgendeiner Versicherungsleistung gestellt werden kann. Die Reichsversicherungsanstalt hat über diese Frage längere Ausführungen zusammengestellt. Für das erste Kalenderjahr, in dem Beiträge zur Angestelltenversicherung entrichtet werden, kommt ein Erlöschen der Anwartschaft aus diesen Beiträgen nicht in Frage. Dagegen müssen vom zweiten bis zum elften Kalenderjahr der Versicherung mindestens je acht und in jedem späteren Kalenderjahr mindestens je vier Beitragsmonate nachgewiesen werden. Zurzeit kann die Wartezeit für das Ruhegeld von männlichen Versicherten nur dann erfüllt sein, wenn sie die Wartezeit nach vorheriger ärztlicher Untersuchung durch Einzahlung eines entsprechenden Kapitals bei der Reichsversicherungsanstalt abgekürzt haben. Es bestehen aber für sie eine Reihe von Möglichkeiten. Soweit Zweifel bestehen, empfiehlt sich eine Anfrage bei dem zuständigen Ortsausschuß der Vertrauensmänner der Angestelltenversicherung oder bei der Auskunftsstelle des Rentenausschusses in Berlin-Wilmersdorf.

** **Notgeld für Sammelzwecke.** Dem während des Krieges herrschenden Mangel an kleiner Münze und Wechselgeld hatte die Heeresverwaltung für die zahlreichen Kriegsgefangenenlager durch Herstellung von Lagernotgeld und zwar sowohl in Scheinen als auch in Münzen, abgeholfen. Die Herstellung war den Inspektionen und Lagerkommandanten überlassen. Inzwischen ist dieses Notgeld allgemein außer Kurs gesetzt worden und zur Einziehung gelangt. Die zum Teil recht erheblichen Bestände sind dem Reichsverwertungsamt zur zweckmäßigen Verwertung zugunsten der Reichskasse angefallen. Ein beschränkter Teil dieses Lagernotgeldes soll nun von der Vernichtung ausgeschlossen und der Sammlerwelt zugänglich gemacht werden.

** **Erhöhung der Versicherungsbeiträge in Sicht.** Die Landesversicherungsanstalten sind infolge der dauernd gestiegenen Ausgaben, denen bisher Mehreinnahmen nicht entgegen standen, in eine gewisse finanzielle Notlage geraten. Es ist daher in aller Kürze mit einer erheblichen Heraufsetzung der Versicherungsbeiträge zu rechnen. Wie verlautet, liegt dem Reichsarbeitsministerium bereits eine Notvorlage betreffend die Erhöhung der Beiträge vor.

** **Polizeioberwachtmeister mittlere Beamte.** Wie den Gendarmen, so hat die Regierung jetzt auch den Oberpolizeiwachtmeistern den Rang der mittleren Beamten verliehen. Mit einer Gehaltserhöhung ist dieser Übergang nicht verbunden.

** **Die Tätigkeit der Feststellungskommissionen.** Auf Grund eines Erlasses des Herrn Preußischen Staatskommissars für Volksernährung sind für jeden Kreis Feststellungskommissionen zu bilden. Diese sind beauftragt, die landwirtschaftlichen Betriebe zu besichtigen und etwa noch ablieferungspflichtige Produkte durch Stichproben festzustellen. Jedes Mitglied ist mit einem vom Landrat ausgestellten schriftlichen Ausweis versehen und als Hilfsorgan der Polizeiverwaltung bestellt. Ihnen steht das Recht auf vorläufige Sicherung ermittelter Vorräte zu. Die einschlägigen Wirtschaftskarten, Viehkataster, Milchlieferungsbücher pp. sind ihnen zugänglich zu machen. Die Magistrate, Ortsrichter und Gutsvorsteher haben zwecks Auskunftserteilung an den örtlichen Feststellungen teilzunehmen oder Beauftragte hierzu zu entsenden.

** **Eine neue Abrechnungsstelle im Scheckverkehr.** Der Reichswirtschaftsminister gibt bekannt, daß die Abrechnungsstelle bei der Reichsbankstelle in Erfurt von jetzt ab Abrechnungsstelle im Sinne des Scheckgesetzes ist.

** **Zur Fahrt der „Bodensee" über Merseburg** sei noch Folgendes nachgetragen: Mit seiner Fahrt am Sonnabend über Merseburg nach Berlin hat das Luftschiff „Bodensee" seine hundertste Fahrt zwischen Berlin und Friedrichshafen und umgekehrt an 98 Kalendertagen zurückgelegt. Es ist während dieser Zeit 513 Stunden unterwegs gewesen, hat 50 000 Kilometer zurückgelegt und 2322 Fahrgäste ohne Besatzung sowie 28 845 Kilogramm Gepäck befördert. An den zehn Tagen der Verkehrssperre hat es 4500 Kilogramm Post vermittelt. Am 2. Dezember wird das Luftschiff die letzte regelmäßige Fahrt in diesem Jahre von Berlin nach Friedrichshafen antreten, um dann in den Monaten Dezember und Januar umgebaut und vergrößert zu werden.

** **Teuere Weihnachtsbäume.** Der Abgeordnete Dr. Mittelmann hat in der Nationalversammlung eine Anfrage eingebracht, worin er auf Pressenachrichten hinweist, daß in diesem Jahre die Weihnachtsbäume 20 bis 30 M kosten sollen und daran die Frage geknüpft, ob die Reichsregierung bereit sei, unverzüglich entsprechende Maßnahmen gegen derartige Ausbeutungsversuche der Bevölkerung zu treffen.

** **Das Novemberheft der Mitteilungen der Handelskammer zu Halle** ist soeben erschienen. Es bringt u. a. Mitteilungen über die Gesamtausschußsitzung der Handelskammer vom 29. Oktober 1919. Eingaben der Handelskammer betreffend: Kleingeldmangel, Vertretung der Handelskammer in dem vorzubereitenden Reichswirtschaftsrat und wegen Erhöhung des Wagenstandgeldes, die Stellungnahme der Handelskammer in der Mittellandkanalfrage, postalische Bestimmungen, Nachrichten über den Außenhandel sowie sonstige für Handel und Industrie wissenswerte Nachrichten. Die Zusammenstellung der im Handelskammerbezirk abgeschlossenen Tarifverträge für kaufm. und techn. Angestellte sowie der ergangenen Gesetze, Erlasse, Verordnungen und Bekanntmachungen ist weiter fortgesetzt. Die Mitteilungen der Handelskammer werden allen wahlberechtigten Firmen, welche der Handelskammer einen entsprechenden Wunsch kundgeben, unentgeltlich verabfolgt.

** **Der Siedlungs-Verein Kolonie 2** hier hatte sich am Montagabend in der „Goldenen Kugel" zur Erledigung einer umfangreichen Tagesordnung zusammengefunden. Den Vorsitz führte Feuersozietäts-Sekretär Munzer, der die Verhandlungen sachgemäß leitete und zunächst eine längere Aussprache über die ganze Anlage herbeiführte. Dabei kamen in erster Linie die jetzt sehr hohen Baukosten in Frage. Um diese möglichst zu verringern, wurde von fachmännischer Seite vorgeschlagen, die Hauptumfassungswände aus Lehm herzustellen. Demgegenüber wies Generalkommissions-Sekretär Avemarg darauf hin, daß hier in unmittelbarer Nähe kein dazu brauchbarer Lehm vorhanden sei, dessen Heranschaffung aus weiterer Entfernung aber erhebliche Schwierigkeiten bereiten würde. Nach seiner Berechnung kommt ein Siedlungsbau der hier projektierten Art, mit dem üblichen Steinmaterial ausgeführt, heute auf 43 000 M zu stehen. Es müssen also Mittel und Wege gesucht werden, um diese für die Ansiedler fast unerschwinglichen Baukosten herabzumindern. Im übrigen sei beschlossen, daß die Häuser vom Verein gebaut und dann verkauft werden sollen. Vom Vorsitzenden wurden die Ausführungen des Vorredners unterstützt. Auch er machte praktische Vorschläge zur Herabsetzung der Baukosten und sprach gleichzeitig seine Bedenken gegen Lehmwände als Außenmauern aus, weil sie zuviel Raum in Anspruch nehmen. Im weiteren Verfolg der Tagesordnung wurden zunächst die von dem provisorischen Vorstand des Vereins ausgearbeiteten Satzungen beraten und die 12 Paragraphen mit nur unwesentlichen Änderungen angenommen. Nach diesen wird ein Gemeindevorstand auf drei Jahre gewählt. Neben ihm fungiert ein Wirtschaftsausschuß und eine Baukommission. Als Gründungstag wurde der 19. April 1919 festgesetzt. An Steuern sollen erhoben werden: 3 M einmaliges Bürgergeld und 8 M jährliche Gemeindeabgabe, die vom 1. Januar 1920 ab in vierteljährlichen Raten erhoben werden soll. Für dieses Jahr soll am 1. Dezember eine einmalige Steuer in Höhe von 2 M fällig sein, um bereits entstandene Kosten decken zu können. Die hierauf vorgenommenen Wahlen ergaben folgendes Resultat: Gemeindevorsteher Feuersoz.-Sekr. Munzer, Gemeindeschreiber Schumann, Gemeinde-Rechnungsführer Schlegel. Gemeindeschöffen: Gradias, Seidel, Spengler und Gustav Schmidt. Wirtschaftsausschuß: Frömmig, Stöbe und Schneider. Baukommission: Arndt, Müller-Ammendorf, Gradias und Häusler. Sämtliche Herren nahmen die Wahl an. Wegen des Erwerbs von Pachtland sind Wünsche an die Herren Munzer und Avemarg zu richten. Zur Aufrechterhaltung der Kontrolle über den Verkehr auf dem Siedlungsgelände sollen Ausweiskarten hergestellt, auch für jeden Ansiedler ein Schlüssel zum

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319191203-11/fragment/page=0002

Eingang beschafft werden. Zum Schluß wurde nochmals von fachmännischer Seite auf die Ausführung der Neubauten mit Lehmwänden und die dadurch ermöglichte ungeheure Ersparnis hingewiesen. Direktor Haase habe in Aussicht gestellt, Lehm heranzuschaffen. Kurz von 10 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

** **Flugblätter-Abwurf.** Ein Flieger warf heute vormittag Flugblätter über der Stadt ab, die der Bevölkerung Aufklärung über die Verhältnisse geben, die zur Verhängung des Ausnahmezustandes über den Bezirk Bitterfeld geführt haben. Sie schließen mit der Mahnung an die Arbeiter, sich nicht betören zu lassen und an die Arbeit zu gehen. Der Abwurf der Flugblätter dürfte sich wohl über den Bezirk Mitteldeutschland erstrecken.

** **Entsprungen.** In der vergangenen Nacht haben eine Anzahl Verhafteter mit Erfolg ihre Flucht versucht. Aus dem Gerichtsgefängnis entsprangen drei Gefangene und aus dem Krankenhaus ein Untersuchungsgefangener. Von den Geflüchteten hat man noch keine Spur.

** **Obstbauverein.** Am Sonnabend tagten hier, einer Einladung des hiesigen Obstbauvereins entsprechend, die Vertreter der Obst- und Gartenbauvereine des Kreises Merseburg. Nach eingehenden Besprechungen über allgemeine Fragen des Obst- und Gartenbaues wurde die Gründung eines Kreisverbandes der genannten Vereine beschlossen. Der Kreisverband soll in erster Linie die Bekämpfung der Obstschädlinge durch weitgehendste Aufklärung und Vermittelung praktisch erprobter Bekämpfungsmittel regeln. Ferner wird der Baumwärterfrage baldigst näher getreten werden. Schließlich soll der Verband die einzelnen Vereine bei Einrichtung von Lehrgängen, Obstausstellungen usw. unterstützen. Zum Vorsitzenden wurde Direktor Dr. Orphal-Merseburg, zum Geschäftsführer Kreisgärtner Reichel gewählt. Auch die hiesigen Schrebergartenvereine waren vertreten.

*

Deutsche demokratische Partei.

Heute abend wird im Saale des Gasthauses „Zur grünen Linde" eine außerordentliche Hauptversammlung abgehalten. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert unbedingt das Erscheinen eines jeden Mitgliedes des Ortsvereins, um mit der Tat ihr demokratisches Bürgertum zu beweisen. Die Beratung und Annahme der endgültigen Satzungen gibt dem Ortsverein das Gerüst für den Aufbau. Anstelle des leider verhinderten Generalsekretär Dornblüth-Halle wird Seminarlehrer Koerlin einen recht zeitgemäßen Vortrag über den Aufbau unseres Bildungswesens halten, der ja auch bald spruchreif wird. Daran schließt sich eine Aussprache, die beweisen soll, daß sich die Demokraten wirklich mit allen Fragen unseres Vaterlandes beschäftigen. Die Versammlung beginnt um ½8 Uhr.

*

Verlängerung der Zeichnungsfrist der Sparprämienanleihe.

Die Frist für die Zeichnung der deutschen Sparprämienanleihe, die eigentlich am Mittwoch ihr Ende erreichen würde, ist bis zum 10. Dezember verlängert worden, da von verschiedenen Seiten der Wunsch ausgesprochen worden ist, mit Rücksicht auf die Verkehrsschwierigkeiten, die eine rechtzeitige Versendung der Drucksachen unmöglich machten, die Zeichnungsfrist zu verlängern.

*

Der Vortrag Kessemeier

über das Thema: „Es gibt ein Fortleben nach dem Tode" in Müllers Hotel wies nur mäßigen Besuch auf. Der Redner begrüßte namens des Deutschen Fichte-Bundes die Erschienenen. Der Zweck des Vortrages sei, den Trauernden neuen Lebensmut zu bringen und der Seelennot des Volkes zu steuern. Nur wenn sich alle innerlich erneuern, könne das deutsche Volk das große Unglück überstehen. Was wir im Kriege erlebt hätten, sei die Folge von voraufgegangener jahrzehntelanger Gleichgültigkeit an den Dingen, die einzig ein Volk im Wachstum und Werden erhalten. Die Geschichte lehre, daß ein Volk, welches sich fest an seine Eigenart klammere, stark würde. Ein großes Glück liege in der Pflege ideal-ewiger Güter, die in den Werken großer Geister unserem Volke voranleuchteten. Wir hätten den Krieg verloren, weil wir politisch von allen guten Geistern verlassen waren. Die Feinde hätten das rein Vaterländische gepflegt und darum länger ausgeharrt. Der Fichte-Bund habe nicht nur iedale und religiöse Ziele. Fichte bezeichne es als seine Aufgabe, die Selbstsucht im Volke zu bekämpfen. Dem Menschen, der einen Glauben an eine Ewigkeit, an eine Vergeltung nicht habe, würde es ja direkt zur Pflicht gemacht, die kurze Erdenzeit durch Egoismus möglichst schön zu machen. Das schwache religiöse Gefühl im Volke sei schuld an diesem Ende gewesen. Darum betrachtete Redner die Monisten, Materialisten und Atheisten als Verbrecher am deutschen Volke. Das seien die Totengräber des deutschen Wachstums, der deutschen Volkskraft. Auch die Geistlichkeit habe in den guten Tagen nicht zu werben verstanden. Der Vortragende leitete dann zu dem eigentlichen Thema über: Ist Unsterblichkeit mit der Natur vereinbar? Es gäbe Naturgesetze, die dafür seien. Es gibt nur eine Kraft, die unzerstörbar ist. Diese Kraft, die in dem Menschen wohnt, kehrt bei der Auflösung in den Äther zurück. Die Menschen seien auf ihre fünf Sinne angewiesen. Die Gegner behaupteten, diese fünf Sinne machten in ihrer Gesamtwirkung den Geist aus. Dies sei jedoch falsch. In unserem Bewußtsein sei immer nur ein Eindruck nach dem andern möglich. Im Gehirn befinde sich eine geistige Sphäre, die der Mensch nicht mit zur Welt bringe, sondern sie entwickle sich erst später beim Kinde. Es müßte also außer den Sinnen eine andere Kraft im Körper tätig sein. Die Kraft wirke mit bei der Auswahl der Gehirnhälften für die Aufnahme der geistigen Sphäre, bei der weisen Umwandlung der Nahrung in Blut, Knochen, Nerven usw. Diese Kraft sei die Seele, deren Regungen jedoch nur teilweise im Gehirn tätig seien. Das Höchste und Tiefste, was der Mensch empfinden könne, wie Heimweh, Treue, Liebe, Glaube und Hoffnung komme nur im Herzen zum Ausdruck. Es gäbe Wunderdinge in uns, die handgreifliche Beweise dafür seien, daß etwas Ewiges, Unvergängliches in uns wirke. Das erste sei das Gedächtnis, das zwei Seiten habe, die eine beträfe das tägliche Leben, die zweite, die nie versage, unser sittliches Leben. Trotz aller Aufwendung des Verstandes könne der Mensch keine Verfehlung von der zweiten Seite verwischen. Eine zweite Größe im Gehirn ist der Zeitsinn, der sich mit der Länge des Lebens steigere und den Strom der Zeit an sich vorüber rauschen lasse. Der Mensch habe auch einen Erzieher in sich selbst: das Gewissen. Dieses sei dem Menschen nicht anerzogen, denn trotz der verfeinerten Erziehung habe das Schlechte erschreckend zugenommen. Auf das Gewissen könnten wir jedoch durch die Erziehung einwirken. Durch unser Gewissen seien wir mit Gott verbunden, es sei sein Sprachrohr im Menschen. Wenn wir auf die innere Stimme hören, dann stelle sich ein zunehmender innerer Friede bei uns ein. Alles greife organisch ineinander über: das Gedächtnis treibe zur Einkehr, das Gewissen sei der Richter und die Reue die Vollstreckerin. In den letzten Lebensminuten zöge das Leben noch einmal beim Sterbenden vorüber, und wehe dem, der dann nicht sterben kann. Beim Sterbenden könne man erkennen, daß es eine höhere Gerechtigkeit gebe, die nicht wolle, daß der Mensch zeitlich und ewig verloren gehe. Das Verhältnis des Ewigen zum Zeitlichen ließe sich daran erkennen, daß das Ewige Änderungen in der zeitlichen Erscheinung des Menschen hervorruft. Das Ewige vermag das Körperliche zu gestalten. Jeder körperlichen Regung gehe eine geistige vorauf. Der Körper wird durch das Ewige belebt und beseelt. Mittler zwischen dem Leben gebenden Ewigen und Leben empfangenden Zeitlichen seien die Nerven. Der Tod würde hervorgerufen durch ein Versagen der Nerven. Der Körper ohne Einwirkung des Ewigen zerfalle, der Seele vermag jedoch der Tod nichts anzuhaben, mache sie nur, da er sie ihres bisherigen Werkzeugs beraubt, unsichtbar; es verbleibe ihr jedoch ihr Denken, Wollen und Fühlen, ihre Liebe, Treue, Glaube und Hoffen. Nicht das geliebte Wesen, nur seine Hülle würde zerfallen, die trauernden Angehörigen sähen nur einen Teil der Vorgänge, der am Sterbebette vor sich gehe. Darum solle man die Heimgegangenen nicht im Grabe suchen. Der Staub gehöre zum Staube. Der Tod bedeute die Befreiung der Seele von den Hindernissen des vollständigen Lebens und Kant sage: Die Auferstehung beginnt mit dem Aufhören des Schlagens des Herzens. Die Monisten behaupten, der Tod zerstöre das Leben, aber man solle Sterbende fragen. Sterbender Mund spräche lautere Wahrheit. Viele Verneiner des ewigen Lebens würden zweifelnd, wenn sie den Hauch des nahenden Todes spürten, aber ein religiöser Mensch sei noch nie in letzter Stunde in Zweifel geraten. Oft gehe auch ein Nachlassen der Schmerzen dem Tode voraus als Zeichen, daß die Seele frei würde. Darum solle man nicht um die Abgeschiedenen weinen, sondern die Toten als Lebende betrachten und nicht in den Gräbern suchen. Im zweiten Teil sprach Redner über das Sein und Wirken der Abgeschiedenen. Absichtlich habe er die religiöse Seite vermieden, da er da nichts Neues sagen könne. Das menschliche Dasein endet mit dem Tode, aber es sei noch ein anderes Dasein möglich. Die Schöpfung, in der wir lebten, weise verschiedene Ordnungen auf: Mineralreich, Pflanzenreich, Tierreich und das Menschenreich. Mit jedem Reiche werde die Vollkommenheit größer. Die Reiche seien miteinander verbunden. Drittens sei in der Schöpung eine Steigerung des Niedrigeren nur möglich, wenn etwas Höheres da sei. Aus sich selbst heraus vermöge sich nichts zu entfalten. Der Mensch sei Mitarbeiter am Schöpfungswerk. Ohne ihn, der auf die niedrigeren Reiche veredelnd einwirkt, müßte die Schöpfung in sich selbst zusammenfallen. Der Mensch der Urzeit war ein Wilder. Er hätte kulturell tief unter uns gestanden. Die Menschheit habe sich also entfaltet. Da die dritte Ordnung jedoch besage, daß sich nur da etwas steigern läßt, wo etwas Höheres vorhanden sei, so sei klar, daß es über dem 4. (Menschen-) Reich noch ein 5. Schöpfungsreich geben müsse: das Geisterreich. Mit jedem Reiche würde die Vollkommenheit größer; so hoch das Menschenreich über dem Tierreich stehe, so hoch sei das Geisterreich über dem Menschenreich. Das Tätigkeitsreich des Geisterreichs sei das Menschenreich. Durch seine Verneinung, seinen Spott und seine Zweifel behindere der Mensch die segensreiche Tätigkeit des 5. Reiches und die Folge sei das Sinken des Menschengeschlechts. Um jedoch zu steigen, sei für die Menschen nötig: Achtung der heimgegangenen Lieben, Bewahrung der Treue, Glaube an ihr Leben. Dann würden sie einst die Absterbenden willkommen heißen im 5. Reich zu neuem Leben, Lieben und Wirken. Redner schloß mit den Worten: „Zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag!" — Am Donnerstag abend schließt sich ein nichtöffentlicher Vortrag des mit überzeugender und glänzender Rednergabe ausgestatteten Herrn Kessemeier an. G.

*

Der Merseburger Mieter-Verein

hielt am Montag abend im großen Saale des „Tivoli" eine öffentliche Mieterversammlung ab, die von ca. 200 Personen besucht war. Der Leiter der Versammlung, Reg.-Hauptkassen-Kassierer Fröbe, gab seinem Bedauern über den immerhin schwachen Besuch Ausdruck und meinte ironisch, man könnte durch die Interesselosigkeit der hiesigen Mieter zu der Annahme gelangen, als wenn hier in Merseburg keine Wohnungsnot bestände. Er erteilte hierauf dem Redner des Abends, dem Vorsitzenden des Verbandes rheinisch-westfälischer Mietervereine Bruno Groß aus Bochum, das Wort zu seinem Vortrage. Im 1. Teile seines Vortrages wies der Redner nach, daß jedem Deutschen laut den Artikeln 115 und 155 der Reichsverfassung das Recht auf eine gesunde und seinen Bedürfnissen entsprechende (d. h. preiswerte Wohnung) zusteht. Aber wie sieht es damit aus? Trotz der Anregungen und Bestrebungen eines Dr. Damaschke u. v. a. ist auf dem Gebiete des Wohnungswesens so gut wie nichts geschehen. Die Mieten sind enorm gestiegen, indem der Haus- und Grundbesitz alle Schulden und Lasten auf die Mieter abgewälzt hat. Die schon seit 1912 künstlich eingeschränkte Bautätigkeit, die durch den Krieg ganz besonders begünstigt wurde, hat zu der jetzt bestehenden ganz enormen Wohnungsnot geführt. Die Mieterbewegung ist ein vom Haus- und Grundbesitz aufgezwungener Abwehrkampf, dessen sozialer Kern das Ideal einer gesunden, schönen und preiswerten Wohnung ist. Die politischen Parteien und Gewerkschaften allein sind nicht imstande, dies Ziel zu erreichen; dies ist nur einer ausgedehnten Mieterbewegung möglich. Im 2. Teile behandelte der Vortragende die Erfolge der Mieterbewegung, u. a. die Anträge auf Abänderung des Mietsvertrages, Beseitigung der Räumungsklage, Höchstpreise für Wohnungen usw. Nach Mitteilung des Vortragenden soll das Gesetz über Höchstpreise der Wohnungen schon am 1. Januar 1920 in Kraft treten. Aber noch viel Arbeit sei zu leisten. Die Beseitigung der Grundrente müsse verlangt werden, ferner müsse schleunigst ein Gesetz eingebracht werden, das den Verkauf von Grund und Boden an Ausländer verbietet usw. Nach längeren Ausführungen kam Herr Groß dann zum 3. Teil seines Vortrages: Sozialisierung des Wohnungswesens. Er fordert ein Reichsgesetz, das die großzügige Sozialisierung des Wohnungswesens bringt. Grund und Boden muß Nationaleigentum und der Allgemeinheit zugeführt werden. Da weder der private Hausbesitz noch der Staat in der Lage sind, die Kosten für die Sozialisierung des Wohnungswesens aufzubringen, bringt er das Problem einer Mieterversicherung bezw. die Gründung von Pflicht-Baugenossenschaften in Vorschlag. Z. B. müßte jeder Inhaber einer Wohnung verpflichtet sein, dieser Pflicht-Baugenossenschaft beizutreten. Der Staat müßte die Genossenschaft durch Gewährung des Vorkaufsrechts, Enteignung, Beschaffung von Baumaterialien usw. unterstützen. Der Haus- und Grundbesitz soll auf Grund der Festsetzung des Wehrbeitrages und der Mieten vor dem Kriege abgefunden werden. Aber nur eine straffe, auf gewerkschaftlicher Grundlage aufgebaute Mieterorganisation kann sich gegenüber der mächtigen Organisation des Haus- und Grundbesitzes durchringen. Und darum ist es Pflicht eines jeden Mieters, sich der Mieterorganisation anzuschließen.

Die gemachten Ausführungen wurden vom Publikum beifällig aufgenommen und Reg.-Hauptkassen-Kassierer Fröbe stattete dem Vortragenden den Dank der Versammlung ab. Vom Vorstande wurde hierauf den Versammelten als Entgegnung auf einen kürzlich in einer Versammlung des hiesigen Haus- und Grundbesitzer-Vereins angenommenen Beschluß folgende Entschließung empfohlen und ohne Widerspruch angenommen: „Die heute hier versammelten Mieter der Stadt Merseburg fordern einmütig von der Reichsregierung, daß für die Mietserhöhungen durchgängig Höchstsätze (Maximalsätze) festgesetzt werden, um zu verhindern, daß die Wohnungsmieten nicht ungerechterweise bis ins Unermeßliche gesteigert werden."

In der Diskussion kamen dann nicht besonders erfreuliche Zustände auf dem Gebiete des Abvermietens zur Sprache. Im Anschluß hieran wurde folgende Entschließung angenommen: „Die heute in einer öffentlichen Versammlung anwesenden Mieter Merseburgs bitten den Magistrat, dahin zu wirken, daß in großen Wohnungen der Stadt möglichst weiter noch Notwohnungen eingerichtet und insbesondere Büroräume zu Wohnungen hergerichtet werden." Herr Fröbe forderte die Untermieter zum Beitritt in den Mieterverein auf. Nachdem noch ein Bodenreformer äußerst anregend gesprochen und für die nächste Zeit einen Vortrag des Herrn Dr. Damaschke in Aussicht gestellt hatte, erhielt Herr Groß das Schlußwort, worauf Herr Fröbe die Versammlung um ½11 Uhr schloß. Eine Anzahl neuer Mitglieder wurde dem Mieter-Verein durch diese Versammlung zugeführt.

*

55. Bildungsabend.

Im letzten Bildungsabend am Montag im „Herzog Christian" führte Dr. Bohn aus Halle weiter ein in den Bau und die Pflege des menschlichen Körpers, und zwar sprach er über die Sinnesorgane. Sie vermitteln uns die Bekanntschft mit der äußeren Welt, ohne sie ist weder deren Kenntnis noch irgend ein Seelenleben möglich. Es liegt ein Fall vor, daß ein Mann durch Erkrankung des Rückenmarks die Tätigkeit aller seiner Sinne einbüßte bis auf den mangelhaften Gebrauch eines Auges. Die Folge war, daß er fast immer in einem schlafartigen Zustand befangen war. Die Sinneswerkzeuge vermitteln eine Unmenge von Bewegungen, Schwingungen der Körper der Außenwelt; diese müssen, wenn sie in uns zum Bewußtsein gelangen sollen, ein geeignetes Organ treffen. Die Welt besteht also für uns nur in der Vorstellung, die wesentlich anders ist, als die Dinge selbst. Die höheren Organe (Auge und Ohr) sind imstande, fast vollständige Kentnis der Umwelt zu vermitteln. Fällt ihre Tätigkeit fort, so bedeutet das eine große Einbuße für das Seelenleben, und zwar ist für die Jugendzeit das wichtigste Organ das Ohr, für die späteren Jahre ist es das Auge. Blindheit beeinflußt also im Kindesalter das Seelenleben nicht so sehr, wie die Taubheit. Im Alter ist es umgekehrt, der Blinde ist dann auf fremde Hilfe angewiesen, während der Taube sich selbst behelfen und besonders durch Lesen fortbilden kann. Die drei anderen Sinneswerkzeuge, Nase, Zunge und Haut, bestehen eigentlich nicht selbständig für sich, sondern sind in andere Organe gleichsam eingebettet, mit ihnen verbunden. Sie dienen der Sicherung des Körpers. So wird die eingeatmete Luft durch die Nase auf ihren Wert und Unwert, die Speise durch die Zunge auf ihre Eigenschaften geprüft, durch den Tastsinn der Körper vor Verletzungen geschützt. Die Natur hat den beiden wertvollsten Sinneswerkzeugen wichtige Schutzmittel zuteil werden lassen. Das Auge liegt in einer festen Knochenhöhle eingebettet und hat noch Schutz durch Wimper und Lid. Wunderbar ist seine Einrichtung, die an den Bau einer photographischen Dunkelkammer erinnert. Krankheiten des Auges, wie Kurzsichtigkeit, Weitsichtigkeit und Übersichtigkeit können durch geeignete Gläser behoben werden. Die Farbenblindheit beruht auf einer unrichtigen Zusammensetzung feinster Teile der Netzhaut. Auch das Ohr ist durch Einlagerung in das harte Felsenbein vor Verletzungen geschützt. Wichtig ist für die Beobachtung des Trommelfells der Ohrenspiegel, wie durch den von Helmholtz erfundenen Augenspiel die Entstehung des Netzhautbildes genau beobachtet werden kann. Außer den allgemein bekannten fünf Sinnen gibt es mindestens noch einen 6. Sinn, den Muskelsinn, der uns bei geschlossenem Auge Aufschluß gibt über die Lage unserer Glieder und zugleich das Gleichgewicht regelt. Sein Sitz scheint im inneren Ohr zu sein. Der Vortragende ging dann noch auf die Verrichtung der Nerven ein und zeigte, wie hier Gehirn und Rückenmark wichtige Arbeit leisten. Störungen können ihren Grund haben in der Unterbrechung der Nervenleitung und können z. B. dazu führen, daß jemand den Namen für einen Gegenstand, den er mit dem Auge sieht, nicht angeben kann, während er dazu sofort imstande ist, wenn er gleichzeitig durch das Ohr Kenntnis von ihm erlangte. Das Wissen über die wunderbare Einrichtung des Nervensystems wie überhaupt des menschlichen Körpers hat man durch Forschung in der Klinik erlangt. Für ganz verwerflich, weil roh und grausam, hielt der Vortragende den Tierversuch (Vivisektion). Er bringt nichts, was man auf anderm Wege nicht auch erforschen könnte und seine Ergebnisse bedürfen der Bestätigung durch die klinischen Studien.
reihe bieten, das wichtige Kapitel der Entwickelungsgeschichte.
reihe bieten, das wichtige Kapitelder Entwickelungsgeschichte.
Überhaupt ist die kommende Zeit für die Besucher der Bildungsabende recht vielversprechend. In 14 Tagen spricht Pastor Balthasar über Weihnachten im Lied und in der musikalischen Kunst; dann wird nach einer Pause von 14 Tagen Anfang Januar Haaß-Berkow mit seiner Truppe wiederkommen und Krippenspiele, so recht für die Weihnachtszeit passend, darstellen. Im Februar wird Prof. Bithorn eine Reihe von Vorträgen über Weltanschauungsfragen halten.

Die Ausstellung am Sonntag für Holzarbeit war von etwa 500 Personen besucht; Neuanmeldungen sind willkommen. — Auch die Bücherei entwickelt sich gut. Sie hat nunmehr 2500 Bände, und es wurden letzten Sonntag über 100 Bücher verlangt. — Ebenso haben auch die Vorlesungen am Sonntag nachmittag viel Beifall gefunden. Oberlehrer Kaminski hat aus Speckmann, Bölsche, Anzengruber u. a. vorgetragen.

*

Die Not der Beamten und der kleine Privatmann.

So bedauerlich es ist, daß mancher „kleine Privatmann" bei der herrschenden Teuerung sein Auskommen nicht findet, kann dieser doch keineswegs gerechterweise eine Parallele zum Beamten ziehen; ebenso kann sich der Beamte nicht zum Anwalt dieses gewiß kleinen Kreises aufwerfen. Der Beamte steht völlig vereinsamt da und muß bezüglich seiner Entlohnungen Vergleiche anstellen mit Berufsständen, die gleiche oder ähnliche Arbeitsleistungen tätigen, denn jeder Arbeiter — auch der geistige — sollte seines Lohnes wert sein; leider ist dies nicht der Fall.

Wenn nun gar ein „Regierungssekretär" mit 3500 *M* als Beispiel besonders „hoher" Entlohnung angeführt wird, so muß dem entgegengehalten werden, daß diese Spezies doch nur in ganz geringem Umfange besteht und daß diese selbst mit 3500 *M* kaum in der Lage ist, sich notdürftig durchzuschlagen. Das mindeste, was selbst diesem „bestbezahlten" Beamten anstatt der kaum nennenswerten Zulage gezahlt werden müßte, wären 14500 *M*. Damit wäre erst vielleicht das Existenzminimum erreicht. Wie aber soll die große Zahl der gering besoldeten unteren und mittleren Beamten mit 1400—2800 *M*, die die erdrückende Mehrzahl bilden, wirtschaften? Man gehe nur mal in die flott gehenden Lebensmittelgeschäfte, in denen beinahe alles gegen hohe Preise zu haben ist, einen „Beamten" als Käufer wird man dort nicht finden. Käufer sind fast durchweg „Arbeiter" des Leunawerkes, ein Beamter ist nicht in der Lage, solche Preise zu zahlen.

Im Essener Bezirk ist das Existenzminimum einer „Bergarbeiterfamilie" auf 13800 *M* geschätzt, ein Abgeordneter hat erst vor einigen Tagen in der Nationalversammlung das Minimum mit 18000 *M* angegeben. Also auch der beneidete „Regierungssekretär" steht heute — wenn er 14000 *M* Zuschuß erhalten würde — erst auf der Stufe eines gelernten Arbeiters — ob das beneidenswert ist?

Ist es bei dieser Sachlage nicht verständlich, daß die Beamten — nicht die Einkünfte des kleinen Privatmannes als Maßstab nehmen können, sondern Lohnerhöhungen anstreben, wie sie beinahe alle Kreise gleichartiger Berufsarbeiter bereits durchgeführt haben? M.

*

Gegen den Unfug des Tragens von Schußwaffen und des Abbrennens von Feuerwerkskörpern.

In letzter Zeit hat der Unfug des Tragens von Schußwaffen und Feuerwerkskörpern, denn als solchen kann man es nur bezeichnen, unter den Kindern so überhand genommen, daß den Eltern und Angehörigen Geld gestohlen wird, um sich Schußwaffen und dergleichen anzuschaffen. Eine hiesige Firma handelt so leichtsinnig, ohne zu untersuchen, ob das Geld rechtmäßig in den Besitz der Kinder gekommen ist, verkauft an ein Kind sogar bis zwei Gewehre — Luftbüchsen —! Es wäre Sache der Polizei, das Verkaufen von solchen Schußwaffen und Feuerwerkskörpern an Kinder überhaupt zu verbieten. Welches Unglück können diese Sachen anrichten. Die Jugend ist leider durch den Krieg sowieso moralisch recht heruntergekommen. Es wäre zu begrüßen, wenn die Eltern mit der Schule Hand in Hand gingen, um den Unfug auszurotten. Hoffentlich genügen diese Zeilen, ein recht wachsames Auge auf die Kinder, aber auch auf die Geschäfte zu haben, die so leichtsinnig im Verkauf obengenannter Artikel sind. H.

*

Für unsere Hausfrauen.

(Lebensmittelkalender für Mittwoch den 3. Dezember.)

Ausgabe von Mager- und Buttermilch je nach Anlieferung; Bekanntgabe in den Geschäften.

Roßfleisch für die Ordnungsnummern 3201—3500 Feld Nr. 3 der Roßfleischkarte bei Hoffmann (Brühl 6) von 2—5 Uhr.

Süßstoff für Gastwirtschaften bei der Zuckerkartenstelle im Rathaus am Markt.

Anmeldung: Bezugschein Nr. 82 (½ Pfund Bohnen); Bezugschein Nr. 83 (½ Pfund Suppen); Bezugschein Nr. 84 (½ Pfund Rübensaft) am Mittwoch und Donnerstag für die Woche vom 8. bis 14. Dezember. — In den Gastwirtschaften abzugeben Bezugschein Nr. 82.

100 Gramm Margarine auf jede städtische Fettmarke; auf jede Zusatzfettmarke K 50 Gramm Inlandsbutter; auf Fettmarke G nur 50 Gramm Margarine; auf L-Fettmarken keine Belieferung. Ausgabe am Sonnabend dieser Woche.

Wetterwarte.

B. W. am 3. 12.: Vorwiegend trocken, teils heiter, teils nebligtrüb, Nacht und früh Frost, Tag ziemlich milde. — 4. 12.: Ziemlich trüb, etwas Niederschläge, gelinde.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Eingesandt.)

O. W. Das betreffende Eingesandt wendet sich an die Stadtverwaltung, bezw. das Lebensmittelamt. Sehen Sie die betreffende Notiz im lokalen Teil d. Bl. Der Artikel von O. R. ist nur durch Versehen in der Setzerei unter die Rubrik „Lokales" gelangt; er gehörte unter Eingesandt. Um persönlichen Streit — und der entsteht durch Veröffentlichung Ihres Eingesandts — aus unserer Zeitung fernzuhalten, müssen wir von der Veröffentlichung Abstand nehmen.

Fußballsport.

„Germania" I verlor in Halle gegen „Minerva" I 7:0 (2:0). Das Spiel fand auf dem neuen Sportplatz von „Minerva", einem völlig durchweichten Stoppelacker, statt. „Minerva" konnte bis zur Halbzeit zweimal einsenden. Kurz vor Schluß der ersten Spielhälfte wurde der rechte Verteidiger „Germanias" verletzt und konnte nicht mehr am Kampfe teilnehmen. In der zweiten Spielhälfte mußte „Germanias" Rechtsaußen auf Geheiß des Schiedsrichters das Feld räumen, einige Zeit darauf wurde der linke Läufer durch einen Anprall verletzt und mußte auch noch den Platz verlassen. Die nun nur noch mit 8 Mann spielende „Germania"-Mannschaft mußte infolgedessen die hohe Niederlage von 7:0 einstecken. — „Germania" II gegen „Ammendorf" II 1:11 (0:6).

♁ **„Sportklub Kötzschen" gegen kombinierte 1. und 2. Mannschaft des „Sportklubs Mücheln" 4:0.** Hoffen wir, daß der junge Verein, der mit diesem sein erstes Spiel buchte, sich nicht entmutigen läßt, und wünschen wir, daß er, wie er bis jetzt an Mitgliederzahl zugenommen hat, in gleichem Maße an Spielstärke zunimmt.

Vermischtes.

* **Von Reichswehrposten erschossen.** Gestern nacht näherten sich zwei Männer den Posten der Reichswehrbrigade 30 zu Fürstenwalde und versuchten, diese zu bestechen, um mit ihnen gemeinsam die Regimentskasse auszurauben. Als die Männer merkten, daß die Posten nicht darauf eingingen, wollten sie flüchten. Die Wache schoß und tötete beide. Die Getöteten sind der Arbeiter Peter Kleinberg und Maurer Gotthard Ludwig.

* **Für 100000 *M* Seidenwaren gestohlen.** In der letzten Nacht drangen Diebe in die Geschäftsräume der Firma Flatow-Schädler in Berlin ein und stahlen Seidenwaren im Werte von 100000 *M*. Auf die Wiederherbeischaffung der Ware ist eine Belohnung von 10 Prozent ihres Wertes ausgesetzt.

Verantwortlich für die Redaktion: Franz Rößner, für den Anzeigenteil. Franz Gomm, beide in Merseburg.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319191203-11/fragment/page=0003

Weihnachts-Ausstellung Carl Stürzebecher.

Anzeigen.
Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Möbliertes Zimmer
zu vermieten Kleiststraße 5, 1 Tr.

Möbl. Zimmer
an einen Herrn zu vermieten
Amtshäuser 14, 1 Tr. l.

Ein gut möbliertes Zimmer nur an besseren feinen Herrn zu vermieten sofort oder später Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Möbliertes Zimmer sofort zu vermieten und ein gutes **Theaterglas** zu verkauf. Annenstr. 3, pt. l.

Schlafstelle frei
Preußerstraße 10, Hof.

Junges b. Brautpaar sucht
sofort oder im Laufe Dezember
möbliertes Zimmer
wenn möglich mit Kochgelegenh.
Off. unt. 1290 a. d. Exp. d. Bl.

Junger Herr sucht sofort od. 15. 12.
einf. möbl. Zimmer.
Off. unt. 1451 a. d. Exp. d. Bl.

Beamter sucht besseres möbliertes Zimmer.
Off. unt. 1457 a. d. Exp. d. Bl.

2 möbl. Zimmer oder 1 möbl. Zimmer mit 2 Betten
für 2 jüngere Herren p. 2. 1. 20 zu mieten gesucht.
Gebr. Seibicke.

Ein Monteur sucht ein möbliertes Zimmer.
Off. u. 1431 an die Exped. d. Bl.

Wohnungstausch.
Wer will eine mittl. Wohnung in Hannover oder Umgeg. gegen eine solche in Merseburg tauschen? Off. unt. 1453 a. d. Exp. d. Bl.

Wohnhaus
(eine Wohnung beziehbar) sof. od. spät. zu kaufen ges. W. Off. unt. 1405 a. d. Exp. d. Bl.

1–2-Familienhaus
oder Villa zu kaufen gesucht. Offerten unter „1335" an die Exped. d. Bl. erbeten.

Welcher Grundbesitzer am Leunaer Weg verkauft
½ Morgen Land
bei guter Bezahlung? Offerten unter 1459 an die Exped. d. Bl.

100000 Mark zur I. u. II. Hypothek sind auszuleihen Wiegand, Mälzerstr 8.

8–9000 Mark
auf sichere Hypothek zu 4½ % sind auszuleihen. Offert. unter 1452 an die Exped. d. Bl. erbet.

Gehrock mit Weste (100 M.) und 1 Klappstuhl zu verkaufen
Gutenbergstraße 25, 2 Tr.

Fast neuer Damen Mantel
zu verkaufen
Gr. Sixtistraße 17, Hof, 1 Tr.

1 schwarzer Damen-Mantel (wenig getragen) und eine schw. Boa zu verkaufen.
Saalfeld, Oelgrube 13, 2 Tr.

Passend für junge Mädchen!
Weiße Taftschoßbluse, verz. m. Masch.-Hohlsaum, preiswert zu verkaufen. — Offerten unter 1465 in der Exp. d. Bl. abzugeben.

1 Paar Stiefeln,
Gr. 42, verkauft Leuna 11-12.

Ein Paar neue
Militär-Schnürschuhe
(Größe 29) zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Langstiefel
zu verk. Zu erfr. i. d. Exp. d. Bl.

Für Kavaliere!
Eine Paar neue hochelegante Herren-Lackstiefel (Größe 41), prima Friedensqualität und ein Paar getragene hohe Damen-Schnürschuhe, noch gut erhalten, zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Ein Paar gute **Fußballschuhe** sind zu verkaufen
Saalstraße 12, part.

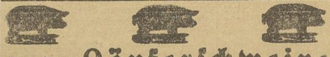
Guterhaltener Küchenschrank
u. grß. Fellschaukelpferd z. verk. Näh. Weißenf. Str. 10, 1 Tr.

Heinzelmännchen-Kochkiste (fast neu), Spiritus-Glühlampe zu verkaufen
Breite Straße 15, 1 Tr. l.

Günther-Horst

Die glückliche Geburt eines kräftigen
Sonntags-Jungen
zeigt hocherfreut an
A. König und Frau
Luise geb. Handke.
Halle a. S., Krukenbergstrasse 10 a I.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer teuren Entschlafenen sagen wir hierdurch allen unsern aufrichtigsten Dank.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Gebrhard Schellert.
Familie Franz Zimmermann.
Merseburg, den 2. Dezember 1919.



Große **Läuferschweine**
stehen zum Verkauf
Ernst Baumann, Gotthardtstr. 30

Für Gastwirte!
100 Stück Gartenstühle,
6 Stück Gartentische,
100 Stück Tischdecken,
1 Satz Kegel
— preiswert zu verkaufen. —
Off. unt. 1460 an die Exp. d. Bl

2 Ofen, Küchenröhre zum Einmauern mit Aufsatz u. 1 Petroleumofen
zu verkaufen Hirtenstraße 11.

Fahrrad
verkäuflich. Freilauf u. Gummibereifung. Göhren Nr. 11.

Photo-Apparat
9×12, mit Metallstativ zu verkaufen Christianenstr. 5, 3 Tr. l.

Mandoline
mit Notenständer zu verkaufen (Preis 50 M.) Vorwerk 13.

Zwei Bücher „Praxis des Maschinenbaues"
preisw. z. verk. Breite Str. 17, I

2 Aquariums
zu verk. Gotthardtstr. 21, 3 Tr.

Großer Puppen-Wagen und Puppen-Sportwagen (wie neu) zu verkaufen
Annenstraße 29, 1 Tr.

Eine Puppenküche und eine Puppenwiege zu verkaufen
Clobikauer Str. 3, 2 Tr. r.

Großes Puppenbett
und Küche zu verkaufen
Johannisstraße 16, 2 Tr.

2teilige Puppenstube zu verkaufen oder gegen Knaben-Spielzeug zu tauschen
Fischerstraße 13, part.

1 Paar gebrauchte, aber gut erhaltene Kutschgeschirre und 1 Paar gebrauchte, aber gut erhaltene Sielen-Geschirre zu verkaufen. Näheres
Gartenstraße 15, pt.

Zu verkaufen:
1 vierteiligen Kaninchenstall,
1 zerlegbaren Heckvogelbauer,
1 große Eisenbahn m. Tunnel,
1 Laterna magica.
Hallesche Straße 71, 1 Tr.

Eine hochtragende Ziege
zu verkaufen. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Wachsamer Hofhund
zu verkaufen Knapendorf 19.

Scharfen Hofhund
kauft Weiße Mauer 9, Hof, links.

Suche guterhaltenen Gehrockanzug zu kaufen
Off. unt. 1456 a. d. Exp. d. Bl.

Gut erhaltenen
Cutaway
zu kaufen gesucht. Offert. unt. 1454 an die Exped. d. Bl.

Konfirmationskleid
für eine arme Waise gesucht. Gefl. Anerbieten nach
Sand 1, 1 Tr.

Gut erhalt. Hobelbank zu kauf. gesucht.
Preußerstraße 10, Hof.

Photo-Apparat
(Klappkamera 9×12 m. Doppelanastigmat oder gleichwertigem Objektiv) mit Zubehör z. kaufen gesucht. Angebote mit genauen Angaben und Preis unter 1443 an die Exp. d. Bl.

Eisenbahn
für Kinder zu kaufen gesucht. Offert. unt. 1448 an die Exp. d. Bl.

Feldgraue Hose
(neu), nach Farbe der grünen Einheitsmäntel, zu kaufen gesucht. — Offerten unter 1446 an die Exp. d. Bl

Größerer Holländer
zu kaufen gesucht
Lüdicke, Breite Str. 1.

Eine noch gut erhaltene
Nähmaschine
zu kaufen gesucht. Offert. mit Preis unter 1450 a. d. Exp. d. Bl.

Pferde
zum Schlachten
kauft
Arthur Hoffmann,
Brühl 6,
Roßschlächterei,
Fernruf Nr. 264.
Inhaber der Erlaubnis zum Ankauf v. Schlachtpferden.

Futterrüben
wieder eingetroffen bei
E. Weishahn.
Neumarkt 39. Fernruf 486.

Weiß- und Rotkohl Kopf- und Endiviensalat Sellerie, Meerrettich und Tomaten, Futter- und Kohlrüben, Speise- u. Futtermöhren
empfiehlt
Trebst, Gärtnerei, Nordstraße.

3000 Stück Christbäume
treffen diese Woche Donnerstag oder Freitag ein und verkaufe dieselben Schmale Str. 7 und Weißenfelser Straße 21.
Louis Rühlemann.

Briketts
im Einzelnen gibt ab
Hallesche Straße 75.

Ritter
Flügel u. Pianofabrik
Halle a/S.
gegr. 1828.

Achtung!
Frisch eingetroffen:
echter Nordhäuser Kautabak
guter Rauchtabak
Zigarren :-: Zigaretten
sowie Schnupftabak
alles zu billigsten Preisen
Franz Sixtus
Leuna
Zigarren- und Friseurgeschäft.

Feinste **Dr. Oetker's Tee** deutscher Herkunft
Nach Art des in China üblichen Verfahrens aus deutschen Blättern hergestellt und ein vorzüglicher Tee-Ersatz u. Tee-Zusatz
Er schmeckt ähnlich wie chinesischer Tee!

Trauringe empfiehlt P. Rath
Burgstr. 15

„Kopra I"
Das Ideal für die Nerven und gegen Schlaflosigkeit ist erhältlich in allen einschl. Geschäften, bei K. Atzel, Adler-Drogerie, Entenplan, oder direkt von F. A. Hoffmann, Teutschenthal.
— Spezialitäten en gros. —

Verlobte
Damen senden Adresse unter „Leben und Gesundheit 2" Berlin S.W. 13 postlagernd.

Haus-, Straßenschuhe und Pantoffeln
aus Tuchresten werden immer noch angefertigt
Burgstraße 3, Hof, l., 1 Tr. Eingang auch Oelgrube. Daselbst auch gute silberne Taschenuhr preisw. z. verkaufen.

Umzüge
von und nach jedem Orte erledigt sachgemäß und billigst
Spediteur Haluszczak
Nulandstr. 8 (am Güterbahnhof).

Genossenschaft freiw. Krankenpfleger v. Roten Kreuz.
Freitag, den 5. d. M., abends 8 Uhr
Zusammenkunft in der „Wartburg".

Freiwill. Feuerwehr
2. Pionier-Komp.

Donnerstag, den 4. Dezbr., abends 7½ Uhr
Versammlung
im Gasthof „Alte Post".
Zahlreiches Erscheinen erforderl.
Der Brandmeister.

Witwer,
anfangs 50er, mit Vermögen, möchte mit älterem Mädchen oder Witwe, möglichst mit Grundstück, bekannt werden zwecks Verheiratung. — Offert unter 1449 an die Exp. d. Bl.

Klavier-Unterricht
erteilt
Otto Renner, Markt 18.

Wer ladet Akkumulatoren?
Offerten unter „Akku 1458" an die Exped. d. Bl. erbeten.

Nebenbeschäftigung
sucht schreibgewandter junger Mann (Kriegsbeschäd.). Offert. unt. A 1447 an die Exp. d. Bl. erb.

Junges Mädchen vom Lande sucht Aufwartung.
Offert. unt. 1461 an die Exp. d. Bl.

Holzbildhauer
findet dauernde Beschäftigung. Stundenlohn 3 Mark garantiert bei Leistung.
Gera-R., Bauvereinstraße 52.

Zum Zuckerrüben-roden
werden noch Leute angenommen.
Rich. Klauß, Weißenfelser Straße.

Gut eingeführte, tüchtige und solvente
Vertreter
von erstklassiger, leistungsfähiger
Margarinefabrik
gesucht. — Offerten mit Angabe von Referenzen unter H B 6654 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Halle a. S.

Junger Mann, tüchtiger Stenograph und Maschinenschreiber, wird für sofort gesucht Gotthardtstr. 26, 1 Tr.

B. C. Preußen e. V.
Donnerstag, den 4. Dezember, abends ½8 Uhr
Versammlung
im Hohenzollern. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erwünscht.
Der Vorstand.

„Religiös Interessierte"
Modern kirchen- und sektenfrei Denkende wollen zw. Zusammenhalt Adr. angeben unter 1445 an die Exped. d. Bl.

Funkenburg
Mittwoch, den 3. Dezember 1919
grosser Ball
Anfang 6,30. — — — Landesjäger-Kapelle

Casino
Mittwoch, d. 3. Dez., abends von 6½ Uhr ab,
gross. Ball
volles Philharmonisches Orchester.

Tanzschule Hünicke-Hölzer.
Telegramm!
Wegen Saalbesetzung kann diese Woche kein Unterricht stattfinden (Männergesangverein), deshalb nächste Woche Dienstag bestimmt Doppel-Unterricht von 7–10 Uhr.

Obstbauverein für Merseburg und Umgegend.
Hierdurch laden wir alle Obstliebhaber zu dem am 5. und 6. Dezember stattfindenden
praktischen Lehrgang für Baumschnitt und -Pflege
ergebenst ein. Leiter des Kursus ist Herr Kreisgärtner Reichel. Programme und Anmeldungen gegen Einschreibegebühr von 5 M. bei Herrn M. Teichmann, Hallesche Straße 9.
Der Vorstand.

Vornehme **Möbel**
Altrenommierte
Möbel-Fabrik
C. Hauptmann
HALLE a. S.
Kl. Ulrichstrasse 36 a und b.
Beste Kapitals-Anlage!

Damenwäsche u. Wäschestoffe
Kleiderstoffe in Wolle u. Seide
empfiehlt
Rudolf Krämer, Merseburg,
Christianenstrasse 7. — Telephon Nr. 444.
Scheuertücher wieder eingetroffen.

Wir suchen zur Instandhaltung umfangreicher elektrischer Stark- und Schwachstromanlagen bei sofortigem Antritt mehrere tüchtige, gelernte
Elektriker,
welche an selbständiges Arbeiten gewöhnt sind.
Desgleichen werden zur Wartung eines großen elektrischen Kettenbahnantriebes mehrere
zuverlässige Maschinisten
gesucht.
Grube Otto der Zuckerfabrik Körbisdorf A.-G.,
Körbisdorf, Bahnstation Wernsdorf und Haltestelle Körbisdorf der Merseburg-Mücheler Überlandbahn.

Möbel-Tischler
stellt ein Wilh. Borsdorff,
Schmale Str. 6.

Dachdecker
stellt bei hohem Lohn dauernd ein Otto Götze, Dachdeckerm., Sixtiberg 8. Auch zu melden Neubauten Teichstraße.

Intellig. Junge,
welcher Lust hat, die moderne Herren- und Damenschneiderei zu erlernen, kann Ostern 1920 unter günstigen Bedingungen in die Lehre treten. Frz Hildebrandt,
Kleine Ritterstraße 13.

Arbeitsbursche
sofort gesucht
AMBI Arthur Müller, Bauten und Industriewerke
Friedrichstraße 8.

Kräftig. Arbeitsbursche
nicht unt. 18 Jahre, als Begleiter für Auto-Lastfuhrgeschäft gesucht
Gutenbergstraße 18.

Ein ordentlicher
Laufbursche
kann sich melden im
Städt. Krankenhaus.

1 Klempnerlehrling
sucht für Ostern 1920
Ed. Dreße Ww., Gotthardtstr.

Frauen oder ältere Mädchen
für Fabrikarbeit gesucht.
B. A. Blankenburg.

Jüngeres Mädchen
für leichte Druckereiarbeit und Wegegehen sucht
Alb. Bruns, Weißenfels. Str. 2.

Kontoristin,
perfekt in einfacher Buchführung und Korrespondenz (nur solche wollen sich melden), gesucht.
Offerten m. Gehaltsansprüchen unter 1464 an die Exp. d. Bl.

Aushilfe
bis Weihnachten für meine Spielwaren-Abteilung gesucht
Hans Käther
Kl. Ritterstr. 1.

Ehrliches, ordentliches
Dienstmädchen
sofort gesucht Burgstraße 17.

Für sogleich eine Frau oder nicht zu junges Mädchen als Aufwartung für einige Nachmittagsstunden tägl. gesucht. Zu erfragen Gotthardtstr. 6, Ld.

Jun. es Mädchen als
Aufwartung
von 8–11 Uhr vormittags sofort gesucht Gutenbergstr. 12, 2 Tr.

Aufwartung
für einige Stunden vormittags gesucht Hallesche Str. 16, 1 Tr.

Verloren viereckiger, goldener Manschettenknopf m. Bandmuster. Geg. Belohn. abzug. bei Lehrer Neuschert, Weißenfelser Straße 39

Brauner Pelzkragen
von Dammstraße, auch Post- und Weißenfelser Str. b. Ecke Kleiststraße verloren. Abzugeben gegen gute Belohnung
Kleiststraße 2, 1 Tr.

Verloren.
Medaillon mit Monogr. A L gez., Freitag abend auf d. Wege Entenplan—Hallesche Str. verloren. Der ehrl. Finder wird herzl. gebeten, selbiges Entenplan 9, 2 Tr., r. abgeb. z. woll.

Kleiner, brauner
Jagdhund
entlaufen!
Gegen Belohnung und Futterkosten abzugeben
Grüne Linde.

Meine Verlobung mit Herrn Emil Metichen erkläre ich hiermit für aufgehoben!
Anna Sailer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-6078769131919120З-11/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 274. Mittwoch den 3. Dezember 1919. 46. Jahrg.

Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg, 1. Dez. 1919.

Zur heutigen Sitzung waren 31 Stadtverordnete erschienen. Am Magistratstische sind anwesend Erster Bürgermeister Hertzog, Bürgermeister Dr. Mosebach, die Stadträte Bauer, Elze, Fiedler, Kohl, Tänzer, Wölfel und Stadtbaurat Zollinger. Der Zuschauerraum ist wie gewöhnlich überfüllt.

Stadtv.-Vorsteher Junker teilt mit, daß zuerst die

Einführung eines neuen Stadtverordneten

zu erfolgen hat. Erster Bürgermeister Hertzog begrüßt den neuen deutschnationalen Stadtverordneten Frau Bürgermeister Dr. Haacke, die für den zum Stadtrat gewählten Stadtverordneten Tänzer nachrückt, wünscht ihr eine rege Mitarbeit in den Bahnen ihres im Weltkrieg gefallenen Gatten und verpflichtet sie durch Handschlag. — Stadtv.-Vorsteher Junker begrüßt Frau Haacke ebenfalls mit herzlichen aufmunternden Worten, worauf diese bei ihrer Fraktion Platz nimmt.

Stadtv.-Vorsteher Junker teilte dann noch folgende Eingänge mit: Ein Brief an den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion der Stadtverordnetenversammlung ist eingegangen; wer sich als solcher betrachtet kann ihn empfangen. — Von der Regierung wird mitgeteilt, daß der Stadt für das Lyzeum 8360 M staatliche Teuerungszuschüsse bewilligt sind. — Vom Merseburger Mieterverein ist eine Einladung zu der heutigen öffentlichen Versammlung im Tivoli-Saale eingegangen. — Die

Merseburger Schwimmerschaft

bittet um 400 M zur Anschaffung von Geräten und um 10 000 M für die Schaffung von Badegelegenheiten in der Saale im kommenden Jahre. Die Zuschrift ist jedem Stadtverordneten zugegangen und auch dem Magistrat, der sich demnächst damit befassen wird.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Stadtv. Mahlo (Dem.) folgende

Anfrage:

Trifft die Nachricht von der Verhaftung des Stadtrats Langer zu und welche Maßnahmen sind von der Stadtverwaltung getroffen, um die Lebensmittelversorgung der Stadt sicher zu stellen?

Erster Bürgermeister Hertzog beantwortet die Anfrage wie folgt: Die Nachricht von der Verhaftung des Stadtrats Langer ist Tatsache. Die Sache hängt zusammen mit dem seinerzeitigen Aufruhr und Generalstreik. Es wurden sofort seinerzeit Vernehmungen vorgenommen, aber danach war Stillstand in dem Gerichtsverfahren eingetreten. Es ist von uns angenommen worden, daß die Sache nunmehr auf sich beruht. Wie Sie aus den Äußerungen der Stadtverwaltung bei den seinerzeitigen Stadtratswahlen entnommen haben, ist von uns betont worden, daß die vormaligen Gegensätze vollkommen außer Betracht treten. Diese Zusage ist bis in jede Einzelheit gehalten worden und das Arbeiten mit Stadtrat Langer ist reibungslos vor sich gegangen. Auch sein Dezernat hat er einwandsfrei geführt. Um so erstaunlicher ist uns das Vorgehen gegen ihn jetzt vorgekommen. Wir haben einen Antrag an den Untersuchungsrichter gestellt, die Verhaftung wieder rückgängig zu machen, da Stadtrat Langer nicht fluchtverdächtig sei denn wenn er hätte fliehen wollen, hätte er das gekonnt. Stadtrat Fiebler ist in der gleichen Angelegenheit am Dienstag vorher vernommen worden. In unserem Freilassungsantrag ist auf die Wichtigkeit der Amtsgeschäfte Langers hingewiesen worden und daß er nicht fluchtverdächtig sei. Dieser Antrag muß heute oder morgen der zuständigen Gerichtsstelle vorgelegt werden. Es ist meine Ansicht, daß Stadtrat Langer nicht fluchtverdächtig ist, und wieder freigelassen werden muß. Jedenfalls stelle ich fest, daß kein Mitglied des Magistrats an der Sache beteiligt ist, und wir haben keinen Anlaß, in die Angelegenheit einzugreifen. Zunächst habe ich die Bearbeitung der Amtsgeschäfte des Stadtrats Langer selbst übernommen, in der Hoffnung, daß unserem Antrag stattgegeben wird. Wenn das nicht geschehen sollte, wird ein anderes Magistratsmitglied mit der Stellvertretung beauftragt werden.

Stadtv. Daniel (U. S.): Wir haben die Anfrage nicht gestellt, weil wir von dem Vorgehen des Magistrats unterrichtet wurden. Wir möchten aber erneut bitten, daß der Magistrat weitere Schritte zur Freilassung Langers unternimmt. Stadtrat Langer hat keinen Augenblick daran gedacht, die Stadt zu verlassen außer geschäftlich. Langer hat während des Streiks Merseburg nicht einen Tag verlassen. Er hat sich nur gegen seine ungesetzliche Verhaftung gewehrt. Langer wurde an mehreren Tagen aufgelauert, um ihn abzufassen und wir haben ihm deshalb geraten, sich einige Tage verborgen zu halten. Wir bitten also nochmals den Magistrat, um Schritte zur Freilassung Langers.

Damit ist die Anfrage erledigt und die Versammlung tritt in die Beschlußfassung über die Tagesordnung ein.

Die Bewilligung von 366 M für Kränze zur Ausschmückung der Kriegergräber

des hiesigen Ehrenfriedhofes begründet der Stadtv. Rex (Dem.). Wie im vorigen so erfolgte auch in diesem Jahre von der Stadt die Schmückung der Kriegergräber auf dem Ehrenfriedhof. Es sind für 122 Kränze 366 M verausgabt worden. Ich bitte um Zustimmung der Versammlung. Ohne Besprechung wird die Ausgabe bewilligt.

Die Mehrbewilligung beim Ausgabehaushalt der Kaufmännischen Fortbildungsschule

Teil I, Ziffer 1, 2 und 3, infolge Teilung einer Klasse begründet Stadtv. Müller (D. Vp.) mit dem schon veröffentlichten Magistratsantrag und bittet um Bewilligung. Die Mehrkosten im Betrage von 480 M werden ohne Besprechung bewilligt.

Bewilligung von Mehrkosten für die Umänderung der Beleuchtung im Feuerwehrdepot

begründet Stadtv. Grimm (Dem.). Es handelt sich um die Gerätehalle. Vorgesehen waren 80 M, es sind aber bereits Kosten im Betrage von über 347 M entstanden. Die Ausgaben waren notwendig, und er bittet um Zustimmung. Zugleich gibt er die Anregung, den Vorraum im Depot besser zu beleuchten. Die Ausgaben werden ohne weiteres bewilligt.

Die Ausgabezugangsbewilligungen für die Feuerwehrverwaltung

Teil II Ziffer 4 und Ziff. 5, werden von dem Stadtv. Pohl (U. S.) als notwendig begründet und um Zustimmung ersucht. Die Versammlung bewilligt die Beträge von 3,50 und 10,20 M.

Stadtv.-Vorsteher Junker begründete in Abwesenheit des Berichterstatters Krüger die

Ausgabezugangsbewilligung beim Titel Insgemein der Polizeiverwaltung.

Die Ausgaben von 600 M für einen in Fürsorgeerziehung gegebenen Knaben sind früher bereits fälschlicherweise bei der Armenverwaltung bewilligt, gehören aber zur Polizeiverwaltung. Für einen zweiten Knaben in Fürsorgeerziehung sind über 400 M erforderlich. Auf eine Anfrage bezüglich Ermäßigung der Fürsorgekosten ist der Bescheid eingegangen, daß dies nicht möglich ist. Von der Versammlung werden die Kosten im Gesamtbetrage von 1171,56 M ohne Besprechung bewilligt.

Bewilligung von Mehrkosten für Lehrervertretungen am Lyzeum.

Stadtv. Heilmann (Dn.) bringt den Magistratsantrag ein. Es handelt sich um die Vertretungen für zwei erkrankte Lehrerinnen und einen Lehrer. Der Schulbetrieb am städtischen Lyzeum hat außerordentlich dadurch zu leiden gehabt, daß bei dem verhältnismäßig kleinen Lehrerkollegium ständig mehrere Lehrkräfte teils sehr lange gefehlt haben. Es ist früher versucht worden, auch diese länger fehlenden Lehrkräfte innerhalb des Kollegiums zu vertreten. Dieser Zustand hat aber zu außerordentlichen Nachteilen geführt, weil dadurch ein ordnungsmäßiger Unterricht nicht erteilt werden konnte. Es mußten die Kinder stundenlang lediglich beschäftigt werden und die Leistungen der Schule gingen naturgemäß erheblich zurück. Es ist daher mit dem 1. Oktober dazu übergegangen, diejenigen Lehrkräfte auf deren baldiges Wiedereintreten nicht zu rechnen ist, durch entsprechende Lehrkräfte zu ersetzen. Die dadurch entstehenden Mehrkosten von rund 6600 M müssen übernommen werden, denn es ist Pflicht der Stadt, wenn sie eine Schule errichtet, auch dafür zu sorgen, daß der Unterricht in einer ordnungsmäßigen Weise durchgeführt werden kann. Soweit dies möglich ist, sind bereits Schritte eingeleitet, um möglichst bald wieder in ganz geregelte Verhältnisse in der Besetzung der Lehrerstellen zu kommen.

Der Berichterstatter empfiehlt die Annahme der Vorlage, fragt aber den Magistrat, ob es nicht möglich ist, die kranken Lehrkräfte, von denen anzunehmen ist, daß sie nicht wieder gesund werden, abzustoßen. — Erster Bürgermeister Hertzog: Wir haben das Bestreben, aber es bestehen gesetzliche Bestimmungen, die erfüllt werden müssen. Schritte sind schon eingeleitet. — Stadtv. Eichardt (Dn.) fragt, ob kein ärztliches Zeugnis vorgelegt worden sei bei der Anstellung der einen Lehrerin, die seit einem halben Jahre schon krank ist. — Erster Bürgermeister Hertzog: Die betreffende Lehrerin hat sich während der Probezeit gut bewährt, wurde dann aber krank. Nach dem kreisärztlichen Gutachten wurde sie angestellt und ist bald wieder erkrankt. Ihre Anstellung ist anfangs hinausgeschoben und nur auf das kreisärztliche Gutachten hin erfolgt. — Darauf wurden die Mehrkosten von 6600 M bewilligt.

Erhöhung der Schulgeldsätze am hiesigen Lyzeum.

Der Antrag wird von dem Stadtv. Wolf (U. S.) wie bereits veröffentlicht, begründet und der Zustimmung empfohlen. — Erster Bürgermeister Hertzog bittet gleichzeitig die Befugnis dem Schulausschuß zu übertragen. Stadtv.-Vorst. Junker (Dem.) bezweifelt die Befugnis des Magistrats, dem Beschluß rückwirkende Kraft geben zu können. — Erster Bürgermeister Hertzog: Wir sind nicht verpflichtet, Schüler aufzunehmen. Die Fassung des Gemeindebeschlusses bildet die Grundlage. — Stadtv. Rupprecht (Dn.) fragt nach der Verwendung des Mehrertrages. — Erster Bürgermeister Hertzog: Die Mehreingänge gehen von den staatlichen Zuschüssen ab. — Stadtv.-Vorst. Junker (Dem): Man kann über die Erhöhung zweierlei Ansicht sein, da sie nicht dem verkündeten Grundsatze „Freie Bahn dem Tüchtigen" entspricht. — Darauf wird die Erhöhung der Schulgeldsätze von der Versammlung beschlossen dergestalt, daß vom 1. Oktober 1919 erhoben werden:

Von jeder Schülerin ein Eintrittsgeld von	6 M,
für die Unterstufe	160 M,
für die Mittel- und Oberstufe	200 M.

Durch die Erhöhungen wird ein Mehrertrag von rund 18 000 M erzielt.

Bewilligung von Mehrkosten für Schreibmaterialien usw. für den Lyzeumsdirektor.

Stadtv. Frauenheim (Dem.) begründet den Antrag wie veröffentlicht und empfiehlt die Zustimmung. — Stadtv.-Vorst. Junker stellt fest, daß für das Jahr 1919 bereits 70 M bewilligt sind, die Mehrkosten sich also noch auf 120 M belaufen. — Hierauf stimmte die Versammlung der Bewilligung zu.

Genehmigung der Ordnung über Erhebung eines Zuschlages zur Wertzuwachssteuer.

Wie bereits veröffentlicht wird der Antrag von dem Stadtv. Elschner (Dem.) begründet und der Versammlung zur Zustimmung empfohlen. — Ohne Besprechung beschließt die Versammlung demgemäß. Es kommt also nunmehr in unserer Stadt eine Steuer zur Erhebung in Höhe von 40 Prozent und eines Zuschlages von 100 Prozent.

Genehmigung der Ordnung über die Erhebung eines Gemeindezuschlages zur Grunderwerbssteuer.

Der Magistratsvorschlag wird von dem Stadtv. Daniel (U. S.) wie bereits veröffentlicht begründet und zur Annahme empfohlen. — Bürgermeister Dr. Mosebach teilt mit, daß die noch fehlende Ausführungsbestimmung von der Regierung heute eingetroffen sei. Sie bestimmt, daß die kreisfreien Städte 1 v. H. für sich erheben dürfen, während die kreisangehörigen Städte nur Zweidrittel des 1 Prozent für sich verwenden dürfen. Eine Einbuße werden wir dadurch nicht erleiden — Darauf wird der Erhebung eines Gemeindezuschlages zur Grunderwerbssteuer in Höhe von 1 v. H. von den Stadtverordneten zugestimmt.

Stadtv. Rupprecht (Dn.) begründet die

Erhöhung des Gleichstrompreises für Kraft

wie bereits veröffentlicht und bittet um die Zustimmung der Versammlung, die diese ohne weiteres gibt. Demgemäß wird der Preis für Gleichstrom für Kraft vom 1. Dezember 1919 ab auf 1 M für die Kilowattstunde erhöht gegen bisher 65 ₰. Als Zeitpunkt, bis zu welchem der Umbau vom Gleichstrom auf Drehstrom durchgeführt sein soll, wird der 1. Oktober 1920 beibehalten.

Erhöhung des Wasserpreises.

Stadtv. Selling (U. S.) begründet den Antrag wie schon veröffentlicht. Wir werden der Vorlage zustimmen und ich bitte die Versammlung um ihre Zustimmung. — Stadv. Frauenheim (Dem.): Es ist ein gewaltiger Sprung von bisher 30 auf 50 ₰, aber wir werden zustimmen müssen. Wie lange läuft der Vertrag mit dem Leunawerk? — Bürgermeister Dr. Mosebach: Wenn die Verhandlungen mit dem Leunawerk kein Ergebnis haben sollten, so können wir anderweitig auf Grund der Erhöhung der Kohlenpreise vorgehen. Wir glauben aber, mit dem Leunawerk zu einer gütlichen Verständigung zu kommen. — Darauf gibt die Versammlung zu der Erhöhung des Wasserpreises von 30 auf 50 ₰ für den Kubikmeter ihre Zustimmung. Ausgenommen von dieser Erhöhung bleiben die städtischen Bäder, die erst kürzlich ihre Preise erhöht haben.

Stadtv. Mahlo (Dem.) begründet die Magistratsvorlage auf

Verstärkung des elektrischen Lichtnetzes in der inneren Stadt

wie bereits in unserer Zeitung veröffentlicht und bittet um Zustimmung. Er freut sich über die Erdkabelleitung, man solle aber nicht wieder den alten Fehler begehen, die großen und breiten Leitungsmaste mitten in die Bürgersteige zu setzen, wie auf verschiedenen Straßen geschehen. — Erster Bürgermeister Hertzog: Das Ganze ist jetzt natürlich sehr schwierig und teuer. Die Mastensetzung ist auf eigenmächtiges Vorgehen des vorherigen Leiters des Elektrizitätswerkes zurückzuführen. — Stadtv. Rex (Dem.): In der Weißenfelser Straße ist die Beleuchtung eine sehr minimale; ich bitte um Mittel und Wege, dort eine bessere Beleuchtung herbeizuführen. — Erster Bürgermeister Hertzog: Die Angelegenheit wird in der Deputation schon erwogen. Wir haben gegen den Plan der Stromabsperrung seitens der Überlandzentrale energisch Stellung genommen. Wir müssen aber bedenken, daß es sich in der jetzigen Zeit nur um eine Notbeleuchtung handelt. Den Wünschen aus den einzelnen Stadtteilen werden wir gern nachkommen. — Stadtv.-Vorst. Junker stimmt zu, daß die Verwaltung den Wünschen der Bürger nachkommt. — Darauf wird der Vorlage zugestimmt. Die entstehenden Kosten von etwa 120 000 Mark werden später im Anleihewege gedeckt.

Erhöhung der Tagegelder und Reisekosten bei Dienstreisen der städtischen Beamten und der Stadtverordneten.

Stadtv. Eichardt (Dn.) begründet den veröffentlichten Magistratsantrag mit der dringenden Notwendigkeit aus den allgemein bekannten Ursachen und empfiehlt die Annahme der Vorlage. — Stadtv. Daniel ist mit der Einteilung von Klassen nicht einverstanden, er hält die angeforderten Sätze für zu niedrig und beantragt Rückverweisung an den Magistrat und neue Vorlage. — Erster Bürgermeister Hertzog: Es trifft zu, daß vielfach mit den angeforderten Sätzen nicht ausgekommen werden kann. Es besteht aber eine Gemeindebestimmung, daß besondere Auslagen nach einfacher dienstlicher Versicherung ersetzt werden können, und das erfolgt auch. Die staatlichen Sätze sind noch niedriger. — Stadtv. Eichardt (Dn.): Dann muß der § 7 der Gemeindebestimmungen auf den § 2 angewandt werden. — Erster Bürgermeister Hertzog bittet dementsprechend um Annahme und Genehmigung der bisher genehmigten Rechnungen. — Stadtv. Eichardt stellt den Antrag, den § 7 der Gemeindebestimmungen dahingehend zu ändern. — Stadtv.-Vorst. Junker stellt den Antrag auf Änderung des § 9 der Gemeindebestimmungen dahinlautend, „Schulausflüge über 10 Kilometer gelten als Dienstreisen", damit die Lehrer den Beamten gleichgestellt werden. — Erster Bürgermeister Hertzog: Vielleicht kann nunmehr Herr Daniel unserer Vorlage zustimmen. — Stadtv.-Vorst. Junker teilt mit, daß Stadtv. Daniel seinen Antrag inzwischen zurückgezogen hat. — Stadtv. Eichardt: Wenn wir beschließen, dann muß auch § 3 der Gemeindebestimmungen geändert werden. Er stellt den Antrag, daß im § 7 folgende Worte eingefügt werden: „Die Bestimmungen finden auf die Fälle im § 2, 3 und 4 Anwendung". — Darauf stimmt die Versammlung der Magistratsvorlage und den Anträgen Junker und Eichardt zu. Die Erhöhungen gelten vom 1. Oktober 1919 ab.

Schaffung neuer Beamtenstellen.

Stadtv. Teller (Dem.) bringt die Magistratsvorlage ein und begründet sie in den einzelnen Zweigen als dringend notwendig. Z. B. ist in der Kämmereikasse erst jetzt der endgültige Abschluß für 1913 fertiggestellt. Die Anstellung von Beamten und die Anschaffung von Einrichtungen ist von der früheren Stadtverwaltung nicht so getroffen worden, wie es notwendig war. Er bittet um Annahme der Vorlage.

Stadtv. Bothe (Dn.) befürwortet ebenfalls die Annahme. Er wendet sich gegen die Vorwürfe des Stadtv. Teller gegen die frühere Stadtverwaltung. Während des Krieges sind die Aufgaben gewaltig gewachsen. — Erster Bürgermeister Hertzog: Die Ausführungen des Stadtv. Bothe sind dem Sinne nach in der Magistratsbegründung enthalten. — Stadtv. Ruprecht (Dn.) unterstützt die Vorlage und wünscht einen Kostenüberschlag. — Stadtv. Eichardt (Dn.): Der Assistent im Geschäftszimmer II ist notwendig. In der Kämmereikasse fehlt ein Buchhalter schon seit 8 Jahren, seit 1915 haben wir keine Rechnungen mehr zur Prüfung gesehen. Beim Stadtbauamt wird seit Jahren keine Rechnung mehr gelegt und es weiß gar nicht, was es überhaupt besitzt. Auch in den übrigen Verwaltungszweigen ist die Vermehrung dringend notwendig. Er stimmt der Vorlage zu. —

Die Abendburg.

Chronika eines Goldsuchers in zwölf Abenteuern.

Von Bruno Wille.

13. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Da gab es ein Gepolter, und herein tappete Knecht Ruprecht, angetan mit Pelz, rauher Mütze und Fausthandschuhen. Sein Huckepack rasselte, und in der Rechten schwenkte er einen Besen. Er kicherte und gröhlte:

„Plietsch plaatsch Fladerwisch!
Draußa is mers gor zu frisch.
War mich ei die Stube packa,
War a Kindern vertreiba's Lacha.
Bin vom Himmel gefolla,
Hab mir an Huckepack zerknolla.
Ich wünsch euch a langes Leba,
Hundertfufzig Ella lang,
Hicher als die Wulka schweba,
Länger wie a Glockastrang.
Ich wünsch euch a Sack vull Dukota
Und a tichtiga Schweinebrota.
Un wenn noch was zu trinka wär,
Su wär schon alles nach Begehr.
Draußa is mers gor zu frisch . . .
Plietsch plaatsch Fladerwisch . . ."

Hier reckte Knecht Ruprecht auf einmal seine Gestalt, daß sie wie ein schwarzer Riese in den Nachthimmel ragete. Ich sahe, wie er zum Hiebe mit der mächtigen Rute ausholte, und ein Krachen und Prasseln geschah, als ob ein Donnerwetter einschlüge, davon die ganze Welt zusammenstürzte.

Ich wähnte zuerst, die Abendburg tue sich auf, und vor meinem Auge gleißete bereits der lichte Eingang. Dann aber kam mir der Gedanke, dies Prasseln komme von stürzenden Bäumen. Gleichzeitig sausete ein Fichtenwipfel auf uns hernieder, in das aufstiebende Feuer und in die Zaubersuppe hinein. Eine Funkengarbe sprühete, es zischte und qualmete.

Krachend fuhr ein Feuerstrahl aus Giacominis Pistol. Donnernd rollete der Widerhall drüben den Kamm entlang, und an diesem starken und langen Dröhnen war zu erkennen, wie gewaltig der Baumsturz gewesen.

Der Oheim griff nach mir und betastete meinen Kopf, den ich wimmernd in Händen hielt, weil ihn der Baumwipfel gestreift hatte. Nun schaute ich mich um und sahe, wie eine Fichte, vom Sturme mitsamt der Wurzel ausgerissen, über uns hergestürzt war, und wie eine Menge Bäume in gleicher Weise vom Sturme gefället waren, also daß die Stelle der dunkeln Waldeskrone auf einmal der Sternenhimmel einnahm.

„Es ist aus!" sagte der Oheim; „die Zaubersuppe ist verschüttet, und wir haben das Schweigen gebrochen. Fort! Hier ist es ungeheuer. Auf, Herr Doktor Giacomini!"

Der kauerte hinter dem Oheim und klapperte mit den Zähnen.

Wir raffeten uns auf, ließen die Werkzeuge liegen, mit Ausnahme der Waffen und der Laterne, und krochen mit vieler Mühe zwischen den Zweigen der quergelegenen Fichten hindurch, bis wir endlich freien Pfad hatten. Ich fühlete, wie mir Hände und Knie zitterten. Mir war, als lache heiser der Riese hinter uns her.

Giacomini hielt sich dicht zum Oheim und schwieg. Als wir aber den gefährlichen Wald hinter uns hatten und auf gutem Wege waren, platzte der Italiener los: „Diavolo! Ihr habete Schulde! Eure Famulusse tauget nix zu Magia! Wird keine Salomo!"

„Schweiget!" herrschte ihr der Oheim an. „Eure Zaubersuppe hat nichts getauget! Lasset den Knaben aus dem Spiel!"

„Doch! Eure Famulusse tauget nix — ist keine Junggeselle — keine Johanniskind."

„Halt er das Maul!" brüllte der Oheim.

Auch mich packte Entrüstung über den Italiener. „Ihr leuget", — rief ich — „ich habe keine Schuld — bin anoch ein Junggesell — ja, das bin ich!" Dann kamen mir die Tränen. Bestürzt überlegte ich, ob ich vielleicht doch eine Schuld habe. Bedachte, wie mich des Schreiners Magd einmal küssen gewollt. Ich aber stieß sie von mir, mochte die Weibsbilder nicht . . . Ja, ich war anoch ein Junggesell, und geboren am Johannistag!

Während des Zwistes stund auf einmal Giacomini still und starrte ins Weite. Seinem Blicke folgend, sahe ich ein furchtbar Phänomenon. Am wolkenlosen Himmel schwebete es, ungeheuer über dunkeln Bergen: eine blutige Rute, ein glühender Krummsäbel, an den Nachthimmel angenagelt.

„Ecco Cometa!" staunete Giacomini.

Mit Grauen starreten wir schweigend nach dem unheimlichen Gast des himmlischen Gezeltes.

Dann meinte der Oheim: „Oh, nun verstehe ich, warum der Zauber mißlang. Unter solchem Schweifsterne ist kein Glück, er ist ein schrecklich Omen. Siehet aus wie eine Geißel, mit der unser Herrgott die sündige Welt will züchtigen. Barmherziger Heiland, vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unsern Schuldigern! Lassen wir das Zanken, Herr Doktor Giacomini! Buße tun ist nötiger. Denn nunmehro soll anheben ein grausam Schlachten und Sengen, Hungersnot und Pestilenz. Und wer weiß, ob nicht gar der Spruch vom Jahre zehn und acht sich erfüllet und die ganze Welt untergehet: . . Barmherziger Heiland!"

Wenige Tage nach diesem Abenteuer trieb mich und den Oheim die Neugier, bei Tage zur Abendburg zu gehen, um nachzuschauen, was denn eigentlich sich begeben habe. Wir machten uns bei klarem Wetter des Morgens auf und gingen auf dem nächsten Wege über den Hohen Stein zur Abendburg. Hu, welch grausig Bild! An der Nordseite des Bergkammes war die ganze Waldwand vom Sturme niedergeworfen. Hunderte von Fichten mit der Wurzel ausgerissen und quer über den Preißelbeerweg geworfen. Ein paar mächtige Bäume lehnten sich an den Abendburgfelsen, und einer davon hatte mit seinen Zweigen in unser Zaubertreiben hineingehauen.

Schweigend schüttelte der Oheim den Kopf. Dann meinte er: „Ist das nun ein Naturereignis, oder ist es eine Strafe dafür, daß wir unter dem Unglückssterne gezaubert und dazu dem magischen Gebot zuwider unser Schweigen gebrochen haben?"

„Aber Oheim", entgegnete ich, „niemand hat das Schweigen gebrochen — nicht eher, als bis die Fichte auf uns niedergestürzt ist. Drum wird es wohl nur ein Sturm gewesen sein, was unser Fürhaben vereitelt hat."

In diesem Moment machte der Oheim ein erstaunt Gesicht und deutete auf eine Höhlung im Abendburgfelsen: „Das war doch früher nicht?"

Eine Tanne, so ihre Wurzeln hier in Felsenritzen eingelassen hatte, war vom Windstoß ebenfalls umgeworfen, hatte aber dabei mit den Wurzeln einen Stein ausgehoben, unter dem nun die Öffnung klaffte. Als wir hineinspähten, merkten wir, daß sich eine Höhlung erschlossen hatte.

Prüfend sahe mich der Oheim an: „Hast du Mut, hineinzuklettern?"

Ich bezwang meine Furcht und nickte, worauf ich, die Füße voran, in den Spalt rutschte. Gelangte in eine Felsgrotte, fand aber beim Umhertappen, daß sie nicht größer als eine Stube. Kroch nun wieder ins Freie und berichtete dem Oheim.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319191203-11/fragment/page=0005

Erster Bürgermeister Hertzog: Die Personalvermehrungen werden im ganzen 60 000 ℳ jährlich mehr erfordern. Die Beamtenvermehrung ist eine Folge der vollständigen Umwälzung der Stadt in den letzten Jahren. Wir müssen jetzt im Galopptempo alles erreichen. Die Versicherung kann ich geben, daß die beantragte Vermehrung nur das allerunterste Maß des Notwendigen darstellt. Es fehlt noch die Umorganisation der städtischen Werke und der Kassen. Es wird sich später vorwiegend um Umwandlung von Angestellten- in Beamtenstellen handeln. Die Ausgaben auf dem sozialen Gebiet ersparen sich wieder. Die ganze innere Stadt ist ein großes weißes Feld bei den städtischen Behörden, wir haben keinerlei Unterlagen für einen städtischen Bebauungsplan. — Stadtv. Grimm (Dem.): Die Dienstzeit, die uns vorgeschrieben ist, steht nur auf dem Papier. Die Vermehrung des Personals ist bringend notwendig. Es muß betont werden, daß die städtischen Beamten 10, 12 und mehr Stunden täglich arbeiten. Die mittleren und oberen Beamten werden durch Ratsuchende derartig besucht, daß in den Vormittagsstunden überhaupt keine dienstliche Arbeiten erledigt werden können und die Dienstzeit nicht ausreicht. — Stadtv. Frauenheim (Dem.): Ich habe mich von der Notwendigkeit der Vermehrung überzeugt. In der Veröffentlichung im „Merseburger Korrespondent“ habe ich die ausführliche Begründung vermißt. Ich halte es für notwendig, die Begründung solcher Vorlagen, die hierzu wahrscheinlich zu umfangreich war, einige Wochen vorher bekannt zu geben, damit die Bürgerschaft darüber orientiert ist. — Erster Bürgermeister Hertzog: Die Begründung ist den Zeitungen zugegangen, sie war allerdings sehr umfangreich und wird deshalb zurückgeblieben sein, was ich bedauert habe. — Stadtv. Voye (Soz.) unterstreicht besonders die Ausführungen des Stadtv. Grimm. Es muß unbedingt zur Schaffung weiterer Räumlichkeiten Stellung genommen werden und zwar zur Frage eines neuen Rathauses. In Merseburg werden noch mehr Industrien geschaffen und das Leunawerk vergrößert sich ständig. Weitere Beamtenstellen werden in der städtischen Verwaltung notwendig. — Erster Bürgermeister Hertzog: Die angeforderten Beamten können in den neugewonnenen Räumlichkeiten im Rathaus untergebracht werden. Der Frage eines neuen Rathauses kann in der jetzigen Zeit nicht näher getreten werden. Wir haben aber schon in Voraussicht der Erweiterung das Frank'sche Haus und Grundstück in der Nähe des Rathauses angekauft. — Stadtv. Teller (Dem.): Die dem Antrag beigegebene Begründung ist außerordentlich umfangreich, ich kann sie verlesen, was 20—25 Minuten beansprucht. Die Versammlung verzichtet darauf und stimmt der Vorlage zu.

Hierauf bittet Stadtrat Tänzer die Stadtverordnetenversammlung um eine

Besichtigung des städtischen Krankenhauses

am Sonntag den 7. Dezember, vormittags 11—1 Uhr, um sich ein Urteil bilden zu können.

Stadtv. Richter (U. S.) richtet eine dringliche Anfrage an den Magistrat wegen der hohen Mietpreise in den Baracken an der Weißen Mauer. — In der für vertraulich erklärten Besprechung legen Stadtrat Elze, Erster Bürgermeister Hertzog und Stadtbaurat Zollinger dar, daß die Stadt ihr möglichstes getan hat und tut, den Mietpreis so niedrig wie möglich zu halten. Er entspricht nur der nötigen Verzinsung und Tilgung der ungeheuren Kosten, und ist niedriger als der in anderen Städten. Die Sache schwebt jetzt vor dem Mietseinigungsamt. — Stadtv. Spiegel (Soz.) kommt ebenfalls auf die hohen Preise zu sprechen. — Mit der Feststellung, daß die Aussprache bewiesen habe, daß die Stadt ihr möglichstes getan hat und tut, schloß der Stadtv.-Vorst. die öffentliche Sitzung um 9¼ Uhr und die Versammlung trat in eine Geheimsitzung ein.

Ein heiteres Intermezzo gab es, als mitten in eifriger Verhandlung plötzlich im Zuhörerraum eine Weckeruhr losklingelte hell und klar und dann tief ratterte, so daß ihr Besitzer mit ihr vor die Tür gehen mußte. Ein Vater brachte sogar seinen kleinen Jungen mit. Und die gespannten Zuhörer wurden enttäuscht. S.

---

§ **Leunawerke**, 2. Dez. Es sei hiermit auch an dieser Stelle auf das am Donnerstag den 4. Dezember, abends 7 Uhr, im großen Saale von Kantine 2 stattfindende 1. Konzert des Zithervereins Leuna aufmerksam gemacht. Nach dem uns vorliegenden Programm verspricht der Abend ein recht genußreicher zu werden. Zur Aufführung kommen verschieden schöne Kompositionen für Zitherchor, ferner Stücke für Streich- und Schlagzither, Zitherduette u. a. mehr. Auch werden einige gutgewählte humoristische Soloszenen, sowie verschiedene Tirolerlieder von Damen in Nationaltracht vorgetragen. Der Zitherchor des Vereins besteht zurzeit aus 15 gutgeschulten Spielern, welche größtenteils früher in Zithervereinen mitwirkten.

§ **Dürrenberg**, 30. Nov. Das Eiserne Kreuz 2. Klasse wurde jetzt Walter Förster, Sohn des Kaufmanns Max Förster, hier, verliehen. Er ist seit 1. April aus amerik. Gefangenschaft entlassen und liegt z. Zt. in Güstrow im Lazarett. — Die am Morgen des 26. März erfolgte Verhaftung des A.-Rates Dentist Wilhelm Schmöller durch Mannschaften des Panzerzuges verursachte damals unter der Arbeiterschaft große Erregung. 2 Monate hatte Schmöller in Untersuchungshaft leiden müssen. Jetzt ging ihm folgender Beschluß der 1. Strafkammer des Landgerichts in Halle zu: „Der Dentist Wilhelm Schmöller in Keuschberg wird auf Antrag der Staatsanwaltschaft von der in ihrem Antrage auf Voruntersuchung vom 2. April 1919 gegen ihn erhobenen Anschuldigung des schweren Landfriedensbruches und Aufruhrs, Verbrechen gegen §§ 115 und 125, Abs. 2 des Str.-G.-B., aus dem tatsächlichen Grunde mangelnden Beweises außer Verfolgung gesetzt. Die Kosten des Verfahrens hat die Staatskasse zu tragen.

§ **Lützen**, 30. Nov. Durch gemeinschaftliches Wirken der Polizei und Gendarmerie konnten zwei hiesige junge Burschen in der Nacht vom 26. zum 27. November wegen Erpressung ermittelt und verhaftet werden. Durch mehrere, anonym geschriebene Briefe hatten die Burschen den Sohn des Landwirts Müller, Herbert, hier aufgefordert, ein Schweigegeld in Höhe von 1000 ℳ an einer bestimmten Stelle auf der Straße Lützen-Zöllschen einer dort erscheinenden Dame auszuhändigen, widrigenfalls Müller von den Erpressern als Brandstifter der im vorigen Herbst hier stattgefundenen Brände bekannt gegeben würde. M. hatte sich durch Zeitungsinserat zur Zahlung der Summe bereit erklärt und fand sich am 26. abends 9 Uhr mit einem Kubert voll Papierschnitzel an der bezeichneten Stelle ein und überreichte der Dame das Schweigegeld. Doch bevor M. zufassen und nahegelegene Hilfe einschreiten konnte, eilte die Dame in rasendem Tempo der Stadt zu und verschwand so im Dunkel der Nacht. Durch eifriges Nachforschen seitens der Beamten konnte die Dame gegen 12 Uhr mit ihrem Helfershelfer dingfest gemacht werden und sehen sie nunmehr der gerechten Strafe entgegen. Die verkleidete Dame entpuppte sich als der Arbeiter Kurt Müller, der Helfershelfer als der Monteur Otto Stange, beide in Lützen wohnhaft.

§ **Dieskau**, 30. Nov. Die Unverfrorenheit, mit welcher bisweilen Diebe ihr unsauberes Handwerk ausüben, spottet jeder Beschreibung, denn am hellen Tage sah der Besitzer eines hiesigen Grundstückes, welcher aus seiner Behausung in den Hof trat, wie ein Fremder sich an den Viehställen zu schaffen machte und mit der Abschlachtung einer Ente beschäftigt war. Die Überraschung war natürlich auf beiden Seiten, schleunigst nahm der Dieb Reißaus und entkam nach den Parkanlagen des hiesigen Rittergutes, ohne dingfest gemacht werden zu können.

§ **Schkeuditz**, 30. Nov. Ein Einbruch wurde in der Nacht zum Freitag in die Gastwirtschaft „Deutsches Haus“ vollführt. Die Diebe sind durch ein Fenster der Gaststube, welches nach der Straße führt und nicht ordentlich verwirbelt war, eingestiegen. Aus der Gaststube wurden mitgenommen zwei Tischdecken, für über 100 ℳ Zigaretten und eine Kiste Zigarren, aus der Küche drei Überzieher, zwei Paar Schuhe. Unbemerkt sind die Diebe durch das Fenster wieder davongegangen.

Mücheln und Umgegend.

2. Dezember.

‡ **Mücheln**, 30. Nov. Carl Maria von Weber war der Leitstern des letzten Konzertes des Merseburger Philharmonischen Orchesters im überreich besetzten Saale des Hotels „Deutscher Hof“. „Waldesatem, Waldesfrische weht mit dem teuren Namen C. M. von Weber zu uns hin, und in duftige Schleier gehüllt, grüßend und lächelnd, blond und rosig, schwebt die Gestalt der Romantik, — leiser Hörnerklang verhallt in der Ferne, wenn sie verschwindet.“ So grüßte uns Weber auch in seiner melodienreichen, glänzend instrumentierten „Oberon“-Ouvertüre, seinem letzten Werk, das er für sein Londoner Publikum schrieb und dort am 12. April 1825, kurz vor seinem Ende unter tobendem Applaus selbst zur Aufführung brachte. Die bunte Märchenwelt des Orients, die sich im „Oberon“ in voller Pracht entfaltet, zog wieder einmal an uns vorüber, und wir danken Kapellmeister Franke, daß er uns durch diese köstliche Perle klassischer Musik erfreute. Die Wiedergabe war trotz der durch den Raum gebotenen Beschränkung des Orchesters ausgezeichnet. Aus dem märchenhaften Zauberland des Orients führte uns Herr Franke durch Verdi's „Troubadour“-Phantasie nach den herrlichen Gefilden des schönen Spanien und ließ uns durch die farbenglühenden Weisen der Zigeuner und Minnesänger einen Blick in die Seele des Südländers tun. In Flotows Ouvertüre zur Oper „Martha“ waren wir wieder daheim und fühlten uns bei Joh. Strauß flüssigen Melodien aus der „Fledermaus“ unter alten Bekannten, die wir immer wieder im Konzertsaal begrüßen. Es sei der tüchtigen Kapelle die verdiente Anerkennung nicht versagt, die ja bereits durch lebhafte Beifallsbezeugungen ihren Ausdruck fand und den Kapellmeister zu zwei reizenden Zugaben veranlaßte. Das nächste Konzert soll uns neben Schuberts G-moll-Sinfonie auch Mozarts 4. Violinenkonzert bringen.

‡ **Mücheln**, 30. Nov. In der Schöffengerichtssitzung am 28. November 1919 wurden folgende Urteile gefällt: 1. Der Arbeiter Karl K. in Möckerling, z. Z. hier in Untersuchungshaft, wurde wegen Unterschlagung, Diebstahls und Urkundenfälschung zu einer Gesamtstrafe von 7 Wochen Gefängnis verurteilt, wovon 3 Wochen als durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden. — 2. Das Dienstmädchen Helene Sch., ohne festen Wohnsitz, z. Z. hier in Untersuchungshaft, wurde wegen Diebstahls in 2 Fällen, wegen Betrugs und wegen gewerbsmäßiger Unzucht zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und zu einer Haftstrafe von 14 Tagen verurteilt. — 3. Die Arbeiter Friedrich R. und Richard H., beide in St. Micheln, wurden wegen Unterschlagung zu einer Geldstrafe von je 30 ℳ verurteilt. — 4. Wegen Diebstahls wurde der Arbeiter Hermann L. in Lodersleben zu einem Tage Gefängnis verurteilt. — 5. Der Grubenarbeiter Josef G., ohne festen Wohnsitz, z. Z. hier in Untersuchungshaft, wurde wegen Hausfriedensbruchs, verbotenen Waffentragens und wegen Landstreichens zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren und zu einer Haftstrafe von 6 Wochen verurteilt. Der Grubenarbeiter Stanislaus P., ohne festen Wohnsitz, z. Z. hier in Untersuchungshaft, wurde wegen Hausfriedensbruchs und wegen Landstreichens zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten und zu 6 Wochen Haft verurteilt. Nach verbüßter Strafe ist G. der Landespolizeibehörde überwiesen. — 6. Der Monteur Ernst Sch. in Großwusternitz ist wegen Diebstahls zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden.

‡ **Querfurt**, 30. Nov. Auf dem Ferkelmarkt am Sonnabend waren acht Körbe mit Saugschweinen angefahren. Der Preis bewegte sich zwischen 110—180 ℳ. Der Markt wurde nicht geräumt.

‡ **Freyburg a. U.**, 30. Nov. Auf dem Wege von Albersroda nach Baumersroda wurde ein männlicher Leichnam aufgefunden. Der Mann ist erfroren, seine Persönlichkeit ist noch nicht festgestellt. Jedenfalls war er in die großen Schneemassen, welche hier niedergingen, hineingeraten und hatte in der Dunkelheit sein Ziel verloren.

‡ **Oberschmon**, 30. Nov. Beim Gutsinspektor Schmidt hierselbst, dem kürzlich erst 2 Hammel und 5 fette Gänse gestohlen wurden, wurde abermals eingebrochen und ein zweijähriger Ziegenbock gestohlen. Von den Tätern, die ziemlich genau von den Örtlichkeiten unterrichtet sein müssen, fehlt bisher jede Spur.

‡ **Barnstädt**, 30. Nov. In vergangener Nacht wurden dem Gutsbesitzer R. drei Gänse gestohlen. Die Diebe haben die Stalltür gewaltsam geöffnet.

*

Mücheln, 1. Dez. Am Sonnabend fanden zwei Veranstaltungen des Volksbildungsvereins in Gestalt eines Lichtbildervortrages des Lehrers Walter über das deutsche Märchen statt. In überaus anschaulichen Worten erzählte der Redner an der Hand von Lichtbildern die Märchen vom „Gestiefelten Kater“, „Herr Winter“ und „Tischlein deck dich“. Herr Winter hatte so recht die Tonart gefunden, um sich in die Herzen der Kleinen einzuschmeicheln. Atemlos folgten die Kinder dem Vortrag, der durch einige gut inszenierte Schattenbilder und gemeinsam gesungene Weihnachtslieder ihre helle Freude erweckt hatte. Möge der Redner diese Vorträge noch recht oft wiederholen, damit auch unsere Kinder, die ja unsere Zukunft sind, auch einigen Vorteil von den Segnungen des Volksbildungsvereins haben. Nur möchten wir anheimstellen, auch bunte Bilder bei den nächsten Vorführungen — aus bekannten psychologischen Gründen — zu verwenden. Es sei hier noch besonders hingewiesen auf den Vortrag des Oberlehrers Hemprich, der nächsten Dienstag die Fortsetzung seines letzten Vortrages über „Die Erziehung des vorschulpflichtigen Kindes“ bringt. Herr Hemprich will uns in seiner wie bekannt anschaulichen, volkstümlichen Weise über „Phantasie und Willen“ informieren. Es ist ein Vortrag, der von allen Eltern und allen denjenigen, die einmal später Kinder erziehen wollen und sollen, unbedingt gehört werden muß. Viele Mißgriffe in der Erziehung, viel Kummer und Ärger würden dann vermieden werden.

Amtsblatt der Stadt Merseburg

Stück 18 — Dienstag, den 2. Dezember — 1919

Ausgabe von Margarine

am Sonnabend, den 6. Dezember 1919.

Es werden zugeteilt:
100 Gramm Margarine zum Preise von 1,20 Mk.
Auf jede Zusatzfettmarke (nur mit dem Aufdruck K) 50 Gramm Inlandsbutter zum Preise von 0,60 Mk.
Fettmarken mit dem roten Aufdruck G sind nur mit 50 Gramm Margarine zu 60 Pfg. zu beliefern.
Auf die roten L-Marken ist nichts zu verabfolgen.

Merseburg, den 1. Dezember 1919. L A II 3444/19.
Das städtische Lebensmittelamt.

Roßfleisch- und Fleischwaren-Verkauf

findet am 8. Dezember 1919 auf Feld 8 bei Hoffmann, Brühl 6,
nachmittags von 2—3 Uhr auf die Ordnungsnummern 3201—3300
" " 3—4 " " " " 3301—3400
" " 4—5 " " " " 3401—3500
statt. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.

Merseburg, den 2. Dezember 1919.
L. A. I 1142/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Lebensmittel

vom 8. bis 14. Dezember 1919 auf den Kopf:
½ Pfund Bohnen zu 1,50 M. auf Bezugschein 82
½ Pfund Suppen zu 50 Pf. auf Bezugschein 83
¼ Pfund Rübensaft zu 1,05 M. auf Bezugschein 84

Abgabe der Bezugscheine Mittwoch, den 3., und Donnerstag, den 4. Dezember d. Js.

In den Gast- und Speisewirtschaften ist für Mittagessen abzugeben Bezugschein 82.

Einreichung der Forderungsnachweise wie üblich.

Verkauf nächste Woche Donnerstag bis Sonnabend. Verkauf vorher verboten.

Die Abstempelung der Lebensmittelhefte hat pünktlich zur festgesetzten Zeit zu geschehen.

Nachbelieferungen erfolgen grundsätzlich nicht mehr.

Merseburg, den 1. Dezember 1919. L A II 3458/19.
Das städtische Lebensmittelamt.

Bekanntmachung.

Vom Montag, den 1. Dezember 1919, ab ist das Wagenstandgeld wie folgt festgesetzt worden:
Für die ersten 24 Stunden . . 10 Mk.
" " zweiten 24 Stunden . . 50 "
" jede weiteren 24 Stunden . 100 "

Halle a. S., den 1. Dezember 1919.
Eisenbahn-Verkehrsamt.

Ich kaufe nur Donnerstag, 4. Dezember, von 3 bis 6 Uhr, zu noch nie dagewesenen hohen Preisen,
Alte Gebisse
(auch ganz alte und zerbrochene Gebißstelle)
Zahn bis 9, 20 und 50 Mark
Platin, Brennstifte, Goldgebisse,
zahle höchste Tagespreise!
Hotel goldene Sonne Zimmer Nr. 1. Joh. Fobian.

Alle Sorten **Felle** aller Art zu den höchsten Tagespreisen kauft dauernd
Fa. Schwanitz Nachf., Kreuzstr. 3.

Rein orient. Zigaretten
rein goldgelbe Ware ohne Kork- u. Goldmdst. p. 1000 M. 280.
" " " " und mit " 1000 " 250.
" " " " Mundstück 1000 " 210.
" " " " " 1000 " 160.
" " " " " 1000 " 150.
Englische Zigaretten zu Tagespreisen versendet gegen Nachnahme ab Leipzig
Curt Brand, Leipzig, Grimmaischer Steinweg 20.
Großhandel in Tabakfabrikaten. — Fernsprecher 3720.

Altes Gold und Silber
kaufe
jedes Quantum und zahle die höchsten Preise
Theodor Kraft, Uhrmacher, Gotthardtstraße 13
Telephon Nr. 628.

Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: Vierteljährlich 4,60 Mk., durch den Boten frei ins Haus 4,80 Mk. durch die Post 4,80 Mk. ausschließlich Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 4,90 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 16 Pfg. im Reklameteil 50 Pfg. für Chiffreanzeigen und Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags.
Telefon Nr. 324.

Nr. 274 — Mittwoch, den 3. Dezember 1919 — 46. Jahrg.

Preußische Schulgeschichte auf einem deutschnationalen Parteitage.

Von K. Koerlin.

Schulgeschichtliche Betrachtungen aus der Zeit, als der Großvater die Großmutter nahm. Ist es überhaupt der Mühe wert? Gewiß, wenn aus der Vergangenheit Rüstzeug für Gegenwart und Zukunft geschmiedet werden kann. Voraussetzung ist unbedingte Sachlichkeit, die sich streng an die **geschichtliche Wahrheit hält und sie nicht zugunsten einer politischen Partei entstellt**, wie es der Abgeordnete Hermann auf dem deutschnationalen Landesparteitag Merseburg in Halle vom 26. November d. J. tat. Nach Nr. 587 der „Halleschen Zeitung" vom 26. November 1919, 1. Beilage, führte er aus:

„Nun bildeten sich im alten Parlamentsleben die Liberalen ein, sie seien die besten Kulturträger. Die Konservativen hielt man für die Feinde der Volksbildung und damit als Gegner der Volksschule und des Volksschullehrerstandes. Das kann ich aber als Schulmann nur als ein Märchen bezeichnen. Die liberale Ära, die von der Revolution 1848 bis Mitte der achtziger Jahre im Landtage die Mehrheit hatte, hat für die Volksschule und den Lehrerstand auch nicht das geringste getan. Es fehlte der Schule zum Gedeihen das Notwendigste, nämlich ein Schulunterhaltungsgesetz, den Lehrern zum Leben das Wichtigste, ein Besoldungs- und Pensionsgesetz. Trotzdem der Liberalismus im Abgeordnetenhause über drei Jahrzehnte die Macht, die Herrschaft hatte, brachte er **keins von diesen Gesetzen**, alle Anträge darauf lehnte er ab. Er beseitigte nicht einmal die Regulative, die das größte Hindernis für die **Volksbildung** waren. Ja, er machte nicht einmal den Lehrer zum Mitglied des Schulvorstandes, so daß die größte Zurückhaltung der Lehrer in die Zeit der liberalen Ära fällt. Das muß dokumentarisch festgelegt werden."

Diese dokumentarische Festlegung geht von der **falschen Behauptung** aus, der Liberalismus habe von 1848 bis Mitte der achtziger Jahre im Landtage die Mehrheit gehabt.

Im preußischen Landtage, der aus Abgeordneten- und Herrenhaus bestand, gab es **niemals** eine liberale Mehrheit.

In der Zeit von 1848—1879 (später nicht mehr) bestanden im preußischen Abgeordnetenhause liberale Mehrheiten, aber nicht ununterbrochen. Schon in der am 26. Februar 1849 zusammengetretenen zweiten Kammer konnte die demokratische Partei nur eine starke Opposition bilden. Einen Monat nach Auflösung der Kammer oktroyierte eine königliche Verordnung unter Verfassungsbruch das Dreiklassenwahlrecht mit **öffentlicher Wahl** am 30. Mai 1849. Über die Neuwahl schrieb Diesterweg am 11. Juli 1849:

„An den Wahlen beteilige ich mich nicht. **Die Öffentlichkeit ist die stärkste Schraube, welche das absolute Regiment erfunden hat** — eine öffentliche Konduitenliste statt der abgeschafften heimlichen, ich werde sie nicht stärken. Die große Mehrzahl der Lehrer stimmt nicht mit." Die Wahlen ergaben eine konservative Mehrheit. Die reaktionärste Kammer war **die Landratskammer** von 1855, in der 72 Landräte und 42 Staatsanwälte saßen und die Opposition nur ein Viertel der Sitze innehatte.

Hätte ein durchweg liberales Abgeordnetenhaus eine liberale Schulgesetzgebung durchführen können? **Nein!** Nach Artikel 62 der Preußischen Verfassung wurde die gesetzgebende Gewalt gemeinschaftlich durch den König und durch zwei Kammern ausgeübt. Die Übereinstimmung des Königs und beider Kammern war zu jedem Gesetz erforderlich. Daß die erste Kammer, das Herrenhaus, liberal gewesen sei, wird wohl selbst der Abg. Hermann nicht behaupten. **Das Herrenhaus** war und blieb bis zuletzt das, als was es gedacht war: **„ein Hort konservativer Staatsweisheit** gegenüber den Umsturzideen der Volksvertreter". Der **König allein** berief die Minister. Als Kultusminister waren von 1850—1872 konservative Männer tätig, v. Bethmann-Hollweg (1858 bis 1862) hatte zwar einen leichten liberalen Anhauch, dafür aber waren v. Raumer und v. Mühler, sein Vorgänger und Nachfolger, Reaktionäre schlimmster Ordnung. Sie verstanden es, die Volksschule an die Kirche zu ketten und allen Wünschen der Reaktion gerecht zu werden. Erst am Ende jenes Zeitabschnittes (1872—1879) stand ein wahrhaft liberaler Mann, Dr. Falk, an der Spitze des preußischen Unterrichtswesens. 20 Jahre lang herrschten konservative Minister. So sahen in der vom Abg. Hermann liberal genannten Zeit die **gesetzgebenden Gewalten in Preußen aus**. Der Finsterling v. Raumer beschritt kühn den Weg der **Verordnung** und brauchte deshalb das Abgeordnetenhaus nicht zu befragen. Er deckte die drei Regulative vom 1., 2. und 3. Oktober 1854 mit seinem Namen. Über diese Regulative genüge ein Urteil Diesterwegs: „Was die Regulative und der durch sie in die Schulen gebrachte Gedächtnismechanismus anrichtet und wie dadurch der religiöse Keim im Kindesherzen exstirpiert wird, das ist furchtbar; **diese Kerle** nennen sich Beförderer des Christentums und sie gelten dafür, **aber sie verdienen Galgen und Rad**. Das sage ich nicht scherzweise und unbedacht, sondern in vollstem Ernste und nach vorliegenden Erfahrungen." Diesterweg führte im Abgeordnetenhause jahrelang den Kampf gegen die Regulative. Wenn der Abg. Hermann sagt, der Liberalismus habe nicht einmal die Regulative beseitigt, so ist das gerade so, wie wenn ein Arzt getadelt wird, weil er einen Ermordeten nicht wieder lebendig machen kann. Der Mörder ist der Schuldige. Der Seelenmörder war der konservative Kultusminister v. Raumer.

Der Kampf um das **Unterrichtsgesetz** kann im Rahmen dieses Aufsatzes nicht behandelt werden. Wie die Entwürfe der Kultusminister aussahen, kann sich jeder denken, der jene Zeit kennt. Im Jahre 1869 unterbreitete der Minister v. Mühler dem Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf betr. die **Aufhebung der Unentgeltlichkeit** des Unterrichts in der Volksschule. Das Schulgeld sollte 3 Millionen einbringen. Da sprach der Liberale Waldeck: „Haben Sie nach 3 Millionen gefragt, als der Militäretat seine jetzige Höhe erreichte? Ist es denn gut, daß gerade die reicheren, wohlhabenden Stände das Material bilden für den Staat in den höheren Stellen?" Mit 202 gegen 134 Stimmen brachten die Liberalen dies Gesetz zu Fall.

Über die Gehaltsfrage führte in der Reaktionszeit der Liberale Harkort aus: „Wir wollen keine Almosen für die Lehrer; denn bei dem Almosen kommt stets die Frage: „Wer ist gut gesinnt?" zum Vorschein. Davon aber wollen wir abstrahieren; wir verlangen tüchtige Leistungen und dann auch eine durchgreifende Verbesserung der Lage der Lehrer. Wir sind viel konservativer als Sie. Wenn die Lehrerwelt hungert, so hat sie kein Interesse für das Bestehende."

Die wirklich liberale Zeit unter dem Minister Falk charakterisiert Polack, der sicher kein Liberaler, aber ein wahrheitsliebender Mann war, mit folgenden Worten: „Der Name des Ministers Dr. Falk hat den hellsten Klang für die preußische Lehrerschaft. . . . Schule und Lehrer danken ihm die endliche Wendung zu würdigen Zuständen . . . Seine schönsten Denkmäler sind die stattlichen Seminare und die vielen würdig ausgestatteten neuen Schulhäuser, die er bauen ließ, das Schulaufsichtsgesetz vom 11. März 1872 . . . . und die Allgemeinen Bestimmungen. . . . Dr. Falk war der Mann, **der dem Lehrerstande höhere Ziele steckte, ihn in seiner Bildung, Stellung und Besoldung hob und ihn überhaupt würdig behandelte."**

Nach Falk begann die letzte konservative Zeit mit dem Minister traurigen Angedenkens v. Puttkammer. Im Anschluß an dessen berüchtigte „Aschermittwochsrede" schrieb der gut konservative Schulmann Dörpfeld im Jahre 1882: „Fragt man . . . . in der Geschichte der letzten 50 oder 100 Jahre nach, wie die beiden Parteien sich zu diesen **äußeren Bedürfnissen** der Volksschule (Lehrergehälter, Pension) verhalten haben, so ergibt sich, daß es vorwiegend nur die **liberale** Partei gewesen ist, welche dafür eine warme, tätige Teilnahme zeigte. Die konservativen Ministerien (z. B. Eichhorn, v. Raumer, v. Mühler usw.) haben zwar mit den gegebenen Mitteln gut preußisch fortgewirtschaftet; daß aber zu ihrer Zeit die konservative Partei besondere Anstrengungen gemacht hätte, **neue** Mittel flüssig zu machen, wird sie wohl selbst nicht behaupten wollen. Ähnlich verhielten sich die beiden Parteien zu den Anliegen der Lehrer hinsichtlich der **Schulaufsicht**. . . Auf der liberalen Seite zeigte sich wenigstens Gehör und Teilnahme; einiges kam unter dem Ministerium Falk auch zur Ausführung . . ., anderes wurde angestrebt. Auf der konservativen Seite dagegen fanden diese Lehrerwünsche auch nicht einmal Gehör; die konservativen Ministerien hielten es für ihre Aufgabe, dieselben niederzuhalten und die alten Einrichtungen zu befestigen. — Endlich machten sich die konservativen Regierungsperioden dem Lehrerstande noch dadurch kenntlich, wie mit seinem **guten Ruf** umgegangen wurde. . . . Wohl niemals hat ein anderer Stand solche Unbill an seiner Ehre erfahren, wie es dem Lehrerstande in den konservativen Regierungsperioden begegnet ist und zwar nicht bloß in öffentlichen Blättern, sondern selbst in der Akademie der Wissenschaften und von der höchsten Rednerstelle des Landtags. Sofern also den Lehrern an ihrer **wirtschaftlichen** Lage, an ihren **Standesrechten** und an ihrem **öffentlichen Ansehen** etwas gelegen war, sahen sie sich von der konservativen Partei gleichsam mit der Peitsche in das liberale Lager hinübergetrieben und zur eifrigsten Agitation für die liberalen Landtagskandidaten angespornt. So früher, so auch noch heute."

So sieht die von dem Abg. Hermann liberal genannte Zeit der preußischen Schulgeschichte im Lichte der **Tatsachen** und der **Urteile** von Männern aus, die sie erlebt haben. Die dokumentarische Feststellung des Abg Hermann, die größte Zurücksetzung der Lehrer falle in jene Zeit, ist richtig. **Daß aber der Liberalismus daran schuld sei, ist eine objektive Unwahrheit ersten Ranges.** Wir wissen, daß auch der alte Liberalismus in Schulfragen gesündigt hat. Aber auf eine liberale Sünde kommt mindestens ein Dutzend konservative. Dafür machen wir die Deutschnationale Volkspartei nicht verantwortlich. Es ist uns auch gleichgültig, mit was für geistiger Nahrung sich ein deutschnationaler Parteitag abspeisen läßt. Aber die **geschichtliche Wahrheit** und das Andenken an unsere großen Führer und Vorbilder Diesterweg, Wander, Harkort u. a., an die Hunderte von preußischen Lehrern, die um ihrer politischen Überzeugung willen gelitten haben, an die Zehntausende, denen in jenen Jahren die Jugend verkümmert und die Amtszeit verbittert wurde, lassen es [illegible] von der Zeit von 1848—[illegible] Abg. Hermann getan h[illegible]

Neueste Nachrichten.

Die Antwort des Fünferrates auf die deutsche Kriegsgefangenen-Note.

Paris, 2. Dez. Der Fünferrat hat sich erneut mit der Frage des Rücktransports der deutschen Kriegsgefangenen beschäftigt und den Entwurf einer Note gebilligt, die heute Abend der deutschen Friedensdelegation überreicht und morgen Vormittag mit der letzten deutschen Kriegsgefangenennote veröffentlicht werden soll.

Wann kehrt von Simson nach Paris zurück?

Paris, 2. Dez. „Temps" stellt fest, daß Ministerialdirektor von Simson bis jetzt noch nicht mitgeteilt habe, wann er mit den Mitgliedern seiner Mission nach Paris zurückzukehren gedenke.

Österreich erbittet Hilfe von der Entente.

Wien, 2. Dez. (Korr.-Büro.) Der Kabinettsrat hat am 20. November auf Grund eingehender Berichte der zuständigen Staatssekretäre neuerdings die gebieterische Notwendigkeit festgestellt, so rasch wie möglich einen Ernährungskredit durch die hohen Mächte zu erlangen. Da die Entscheidung der Pariser Konferenz sich zu lange verzögert, so beschloß der Kabinettsrat, die Vertreter der Hauptmächte in Wien am 3. Dezember zu sich einzuladen und sie zu bitten, ihren Regierungen, sowie der Friedenskonferenz die Lage der Republik klarzustellen und die unmittelbare Hilfe zu betreiben.

Ungarische Friedensdelegierte nach Paris.

Paris, 2. Dez. Der Fünferrat hat nach Erklärung von Sir George Clerk über die Lage in Ungarn beschlossen, die neue ungarische Regierung aufzufordern, Friedensdelegierte nach Paris zu entsenden.

Verbot des Erscheinens des 3. Bandes von Bismarcks Erinnerungen.

Stuttgart, 2. Dez. Wie der „Schwäbische Kurier" berichtet, wurde letzthin beim Landgericht Stuttgart der Antrag gestellt, das Erscheinen des dritten Bandes der „Bismarcks Gedanken und Erinnerungen" zu verbieten. Der Antrag ging von der Vertretung des früheren Kaisers aus und wird damit begründet, daß in dem Bande eine Anzahl von Briefen des Kaisers zur Veröffentlichung gelangen. Das Landgericht hat beschlossen, zunächst ein Verbot im Wege einer einstweiligen Verfügung zu erlassen. Die Angelegenheit wird alsbald das Oberlandesgericht beschäftigen.

Eine holländisch-belgische Einigung.

Amsterdam, 2. Dez. (Priv.-Tel.) Wie der Brüsseler Korrespondent des hiesigen Blattes „Telegraaf" von gut unterrichteter Seite erfährt, haben die Verhandlungen über die Revision des Vertrages von 1839 zu einer Einigung über die wirtschaftlichen Fragen geführt. Man hat sich sowohl über die Verwaltung der Schelde in Friedenszeit, als auch über die Anlage eines Schelde-Rhein-Kanals und eines Kanals Antwerpen-Moerdyk geeinigt. Dies waren die wichtigsten Wünsche Belgiens auf wirtschaftlichem Gebiete.

Englands Völkerbundsvertreter.

London, 2. Dez. (Priv.-Tel.) Lord Curzon wird England auf der ersten Tagung des Völkerbundes vertreten.

Neuer Bergarbeiterausstand in Wales?

Amsterdam, 2. Dez. Wie das Reutersche Büro aus London meldet, ergab sich bei der Abstimmung der Bergarbeiter von Wales darüber, ob eine Einkommensteuer für Einkommen unter 250 Pfund Sterling Widerstand zu leisten sei, eine Mehrheit für einen Ausstand.

Mexiko antwortet Amerika nicht.

Amsterdam, 2. Dez. (Priv.-Tel.) Wie dem „Handelsblaad" aus Washington gemeldet wird, hat die Regierung der Vereinigten Staaten an die Regierung von Mexiko eine neue Note gerichtet, in der sie darauf hinweist, daß die beiden früheren Noten der amerikanischen Regierung durch die mexikanische Regierung mit vollständiger Gleichgültigkeit behandelt worden seien, und daß sie das Gefühl habe, daß die Regierung von Mexiko mit den Amerikanern ihren Spott treiben wolle.

Noch kein Vergleich in Nordamerika.

Haag, 2. Dez. „Nieuwe Courant" meldet aus Washington, daß der Kongreß heute wieder zusammentritt, daß es aber anscheinend noch zu keinem Vergleich bezüglich der Ratifikation gekommen sei.

Regierungskrise in Spanien.

Madrid, 2. Dez. (Priv.-Tel.) Das Ministerium ist heute zurückgetreten.

[illegible]is.

Ba[illegible] Schweiz wird die gegenw[illegible]te seit der Unterzeichnu[illegible]t. Man fürchtet, daß die[illegible]ende französische Regieru[illegible] Nachgiebigkeit z[illegible]ersten Falle Gewalt[illegible]t. Der Lyoner „Progr[illegible]en der Alliierten an Den[illegible]rschall Foch erachtete [illegible]gegen die weitere Außera[illegible] geboten. — Die „Times[illegible]en ist eine neue Note a[illegible] Ausführung der Waffen[illegible] verlangt wird.

Ba[illegible] aus Paris: Infolge de[illegible]lich eingetretenen Spannu[illegible]tlassung von Heeresa[illegible]ei der englischen Armee [illegible]

[illegible]rstaunt.

Ba[illegible] hat die deutsche Note, i[illegible]rsenkung der deutsch[illegible] England großes Aufse[illegible]rinekreisen, wird die deutsche Erklärung als eine unerhörte Dreistigkeit bezeichnet. Man erwartet bestimmt, daß der Oberste Rat mit der nötigen Energie antwortet.

Basel, 2. Dez. Die „Lanterne" stellt fest, daß England verantwortlich sei für die Versenkung der deutschen Kriegsschiffe in Scapa Flow. Es sei erwiesen, daß es an den nötigen Vorsichtsmaßregeln von seiten Englands gefehlt habe.

Die Grenze für die Geldforderungen der Entente.

Nach Londoner Meldungen sagte Bonar Law im Unterhause zu der finanziellen Wiedergutmachung der Kriegsschäden, daß die Höhe der Forderungen an Deutschland ihre Beschränkung in der Leistungsfähigkeit Deutschlands finde. Die Grundlage für die Leistungsfähigkeit und damit auch für die Höhe der von Deutschland einzufordernden Entschädigungssumme würden die eigenen Steuererträgnisse Deutschlands bilden und sei die in Deutschland in Vorbereitung befindliche Vermögenserfassung.

*

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319191203-11/fragment/page=0007
DFG